

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Europäische Integration in Gefahr – Seite 4**
- **Studieren – soziale Selektion und ihre Entwicklung – Seite 7**
- **Der Aufmarsch der Rechten: Trotz internationaler Unterstützung: Pro Köln bot ein schwaches Bild – Seite 12**
- **Montage bei Daimler: Rationalisierungen schädigen die Gesundheit – Seite 16**
- **Endlich eine Ausstellung, die der guten Nachbarschaft dienen kann – Seite 18**

Ausgabe Nr. 13 am 28. Juni 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Linksfraktion klagt gegen Beobachtung durch Verfassungsschutz

21.6. ddp. scc. Die Linksfraktion im Bundestag hat beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz eingereicht. Die Klage richtet sich namentlich gegen Bundeskanzlerin Merkel und Bundesinnenminister Schäuble. Die vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ramelow vertretene Bundestagsfraktion sieht in der Tatsache, dass der Geheimdienst direkt elf Abgeordnete ins Visier genommen hat (darunter Gysi, Bodo Ramelow, Petra Pau) und darüber hinaus eine Sachakte über die gesamte Linksfraktion führt, einen Verstoß gegen Artikel 38 des Grundgesetzes: Wenn Abgeordnete observiert werden, sei die freie Ausübung des Mandats nicht mehr gegeben. Auch würden Bürger abgeschreckt, Kontakt zu den Abgeordneten aufzunehmen. Der Fraktionsvorsitzende Gysi kritisierte gegenüber der Presse auch die Überwachung mehrerer Landesverbände der Linken, so vor allem in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Parallel zur Klage hat die Linksfraktion eine parlamentarische Initiative zur Beendigung der Observation gestartet.

Berliner Sparkasse verkauft – alle sind zufrieden

Berliner Morgenpost, 22.6. rül. „Ein Skandal wird zur Erfolgsgeschichte“, überschrieb der Berliner „Tagesspiegel“ seinen Bericht über die Debatte im Berliner Abgeordnetenhaus am 21.6. nach dem Verkauf der Berliner Sparkasse. 4,62 Milliarden Euro hat das Land Berlin für den Verkauf von 81% seiner Anteile an der Berliner Landesbank erhalten. Käufer ist der Deutsche Sparkassen- und Giroverband, so dass der Status der Sparkassen in vollem Umfang erhalten bleibt. Auch die Gewerkschaft Verdi und die IHK äußerten sich zufrieden. Die Gewerkschaft freut sich über die mit dem Verkauf verbundene Arbeitsplatzsicherheit für die Beschäftigten, die IHK darüber, dass die Sparkasse als Mittelstandsbank erhalten bleibt und nicht an eine Heuschrecke oder Großbank verkauft wird.

Der Erlös wandert jetzt in einen Reservefonds des Landes Berlin zur Sicherung noch offener Risiken aus den Fehlspekulationen der alten Landesbank. Zusätzlich zahlen die Käufer 723 Mio. Euro an das Land für eine stille Einlage. Dieser Betrag wandert in den Landeshaushalt. Der Finanzsenator hofft, dass Berlin 2008 zum ersten Mal seit 75 Jahren keine neuen Schulden aufnehmen muss. Im Abgeordnetenhaus hatten deshalb die Regierungspar-

teien einen leichten Stand, und in der Linkspartei muss sich die Kritik am angeblichen „Neoliberalismus“ des Berliner Landesverbands nun einen neuen Gegenstand suchen.

Deutsche Bahn expandiert nach Osten

Berliner Zeitung, 22.6. rül. Die Deutsche Bahn verstärkt ihre Expansion im Bahnfrachtgeschäft nach Osten. Im November 2005 hatte ein sogenannter „Pilotzug“ erstmals die 1.800 km lange Strecke von Berlin nach Moskau in der Rekordzeit von drei Tagen geschafft. Normalerweise brauchen Züge für die Strecke wegen der unterschiedlichen Stromsysteme, Spurweiten und betrieblichen Vorschriften sieben bis zehn Tage, das ist Postkutschentempo. LKWs schaffen die gleiche Strecke in vier bis fünf Tagen. Am 21. Juni unterzeichnete Bahnchef Mehdorn und der Chef der Russischen Staatsbahn RZD, Jakunin, ein Abkommen zur Gründung einer gemeinsamen Logistikgesellschaft. Ziel ist, alle Transporte zwischen beiden Ländern erheblich zu beschleunigen. Drei Tage vorher hatten RZD, Deutsche Bahn und die Bahngesellschaften in Polen und Weißrussland ein Joint Venture geschlossen mit dem Ziel, Fracht auf der Strecke Berlin-Moskau künftig regelmäßig in drei Tagen zu befördern. Die Bahn würde so schneller als der LKW. Preiswerter als das Flugzeug ist sie ohnehin.

Hauptkonkurrent im Frachtgeschäft mit Russland ist das Schiff – derzeit werden 80% des Warenhandels zwischen beiden Ländern per Schiff befördert, 2% per Bahn und 14% per LKW. Bahnchef Mehdorn schwärmt: „Damit rückt auch die angestrebte Schienenverbindung nach China via Moskau wieder ein Stück näher.“ Zwischen EU und Russland wurden laut Mehdorn 2006 etwa 300 Millionen Tonnen Güter befördert. Der deutsch-russische Handel expandiert aktuell mit Zuwachsraten von 30% und mehr, das ist schneller als das China-Geschäft. Ein Grund dafür ist, dass die russische Industrie ihre Maschinen und Anlagen in hohem Tempo modernisiert und ausbaut.

Zahlen zur lebenslänglichen Haftstrafe

www.hib.de, 25.6. alk. Die Linkspartei-abgeordneten Ulla Jelpke und Sevim Dagdelen haben die Bundesregierung nach der Anzahl der lebenslänglich Inhaftierten gefragt. In der relativ detaillierten Antwort (Drucksache 16/5660) heißt es unter anderem, in Deutschland hat es Ende März des Vorjahres 1.919 Männer und Frauen gegeben, die zu ei-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

ner lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden waren, davon 68, die noch in der DDR verurteilt worden waren. 5.917 Personen seien in einem psychiatrischen Krankenhaus unterbracht worden. Nach den Ergebnissen der Untersuchung der Kriminologischen Zentralstelle, die 2004 Daten erhoben hatte, beträgt die durchschnittliche Haftstrafe der zu „lebenslänglicher“ Haftstrafe Verurteilten im Deutschland 19,8 Jahre, wobei dieser Mittelwert zwischen den Ländern (soweit Angaben vorliegen) beträchtlich schwankt von 15,8 Jahre in Sachsen-Anhalt über 16,6 Jahre in Baden-Württemberg, 19,9 Jahre in NRW und bis zu 23,2 Jahre in Bayern.

Was tut sich bei der Förderalismus-reform II?

Heute im Bundestag, 22.6. alk. Es tagte eine Expertenkommission. Am 22. Juni fand für Bundestag und Bundesrat eine Anhörung zum Thema Staatsverschuldung statt. Während der eine Teil der Sachverständigen sich für einen stärkeren Wettbewerb unter den Ländern aussprach und eine Ausweitung der Steuerautonomie forderte, warnten andere vor einer damit einhergehenden „Entsolidarisierung“ des Bundesstaates.

Professor Charles B. Blankart von der Humboldt Universität Berlin sprach sich für einen Übergang von der kollektiven Schuldenverantwortung zur Schuldnerselbstverantwortung aus. Dabei sei eine Steuerautonomie für die Länder von hoher Bedeutung. Auch Professor Bernd Huber von der Universität München forderte eine Erweiterung der Steuerautonomie der Länder. Führe man Verschuldungsgrenze ein, schmalere man die Haushaltsflexibilität der Länder. Dies könne man nur ausgleichen, indem man Zuschläge auf Einkommen- und Körperschaftsteuern ermögliche.

Wer in Europa Mindeststeuern forderne, so befand Professor Kai Konrad von der Freien Universität Berlin, könne nicht im eigenen Land einen Steuerwettbewerb ausrufen. Ein Steuerwettbewerb unter den Ländern ist aus Sicht von Professor Stefan Koriath von der Universität München angesichts völlig unterschiedlicher Ausgangslagen derzeit nicht möglich. Solange etwa arme Bundesländer im Osten nur 40 Prozent der Steuereinnahmen reicher Länder zur Verfügung hätten, sei dies ein „Wettlauf unter Ungleichen“. Staatssekretär Benjamin Hoff von der Berliner Senatsverwaltung lehnte Wettbewerbsföderalismus ebenfalls ab und sprach sich für die Beibehaltung eines solidarischen und kooperativen Föderalismus aus.

Fazit: Die Wissenschaft alleine wird die Entscheidung nicht treffen können, die politische Richtung, die eingeschlagen werden soll, bestimmt die möglichen Konzepte.

Schweizer Bank zieht sich aus Staudammprojekt zurück

Isku, 15.6. alk. Die Schweizer Initiative „Erklärung von Bern“ gegen das umstrittene Ilisu-Staudammprojekt am Tigris im kurdischen Gebiet der Türkei berichtet, dass sich die Zürcher Kantonalbank aus der Kreditfinanzierung für das Projekt zurückgezogen hat. Wir berichteten (Pol. Ber. 7/2007), dass sich die Bevölkerung von Hasankeyf, wo bedeutende Teile der Stadt mit Kulturdenkmälern im Wasser verschwinden würden, gegen den Staudamm ausgesprochen hat. Die deutsche Bundesregierung hat im März eine Hermes-Bürgschaft für die Kreditfinanzierung gewährt. Offensichtlich gibt es aber bei einigen Finanziers des Projekts Bedenken. Der Ausstieg der staatlichen Zürcher Kantonalbank ist ein Indiz. Die „Erklärung von Bern“ berichtet, dass sie nun den Druck auf die übrigen beteiligten Kreditinstitute (Bank Austria, Société Générale sowie türkische Banken) verstärkt. Die Türkei weigert sich außerdem, jene von der Schweizer, der deutschen und der österreichischen Regierung gestellten Bedingungen, die das Projekt verbessern sollen, zu akzeptieren. Konkret geht es um eine vorzeitige Fälligkeitstellung der europäischen Exportkredite, sollte die Türkei die Projektaufgaben hinsichtlich Umwelt, Bevölkerung und Kulturgüter nicht erfüllen. Die Verhandlungspartner beim umstrittenen Ilisu-Staudamm-Projekt sind die Türkei gemeinsam mit dem türkischen Bauherrn, der staatlichen Wasserbaugesellschaft DSI, sowie die Exportkreditagenturen der Länder Österreich, Schweiz und Deutschland. Alle drei Versicherer haben bereits grünes Licht für das letzte größte Staudammprojekt in Südostanatolien gegeben – unter Einhaltung der gestellten Bedingungen und der gesicherten Finanzierung des Projekts. Durch die Größe und Dimension des geplanten Tigris-Staudamms und seines Kraftwerks mit einer Kapazität von 1.200 Megawatt sind von den Europäischen Versicherungsagenturen rund 130 Auflagen formuliert worden, die zum Teil vor Baubeginn, zum Großteil im Zuge der Errichtung umgesetzt werden müssen. Die Opposition gegen das Projekt bezweifelt, dass die Türkei diese Auflagen einhalten.

Preisbildung im Segelsport

FAZ, 23.6. maf. Der America's Cup der Hochseeyachten vor Valencia geht in die Endrunde. Die Teilnahme an diesem Sport kostet die Sponsoren Beträge in der Größenordnung von 100 Millionen Euro. Angeblich soll sich der Aufwand durch die Aufmerksamkeit lohnen, die der Sport auf sich zieht. 1&1 engagiert sich beim Segeln, die Telekom beim Radeln. Wird das die Millionenkundschaft



über die Qualität der Angebote trösten? Das Geld für solche Extravaganzen stammt a) aus einer Preisbildung, in der ein großer Anbieter einer zersplitterten Masse von Nachfragern gegenübersteht und b) aus dem Lohnverfall, der nach einer Phase der Einführung bei den neuen Techniken einsetzt. Aber trotzdem, die Aufmerksamkeit, die durch die sportliche Leistung auf den Sponsor gezogen wird, soll ihr Geld für „die Marke“ wert sein. Die Faszination des sportlichen Ereignisses basiert auf der Verbindung von vollendetem Geschick und selektierendem Wettbewerb. Diese Faszination erfasst nicht nur das Publikum, sie reißt auch die Akteure mit sich. Das hat Folgen für die Preisbildung. Die Einstandspreise sind niedrig bis umsonst, und selbst bei hochklassigen sportlichen Ereignissen wie dem America's Cup, bei dem einige wenige Segler in gehobenen Positionen Gehälter im Millionenbereich verdienen, es gebe aber auch Billiglohnsegler, die über ein Monatslohn von 1000 oder 1500 Euro nicht hinauskämen. Diese Bandbreite der Lage der Männer, die im selben Boot wirken, erklärt sich „unten“ aus der Faszination des Sports und der Aufstiegschance, am oberen Ende der Skala kommt es zu einer Preisbildung, bei der sich die Sponsoren um „die Besten“, die „ein Rennen entscheiden können“, steigend überbieten. Der Gipfel ist erreicht, sobald die Person, die sportliche Höchstleistung hervorbringt, als solche vom Publikum aufgefasst, zum Gegenstand allgemein-menschlichen Interesses und zweifüßiger Werbeträger wird. Bis dahin ist beim Hochseesegeln aber noch weit, da müssen noch viele Millionen im dreistelligen Bereich „versenkt“ werden (wie der Fachausdruck für das Verlieren lautet).

Europäische Integration in Gefahr

Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedsländer am 22./23. Juni in Brüssel reagierte unter dem Vorsitz der deutschen Bundeskanzlerin Merkel auf die Krise des Verfassungsprozesses mit Vereinbarungen zur Änderung des Vertragswerks.

Damit geht die Zeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu Ende, die das nächste halbe Jahr durch den portugiesischen Ministerpräsident José Sócrates wahrgenommen wird. Bereits im Juli wird es eine Regierungskonferenz geben, die auf der Basis der jetzt beschlossenen Vorgaben konkrete Änderungen entwickeln wird, die noch in diesem Herbst beschlossen werden sollen. Obwohl die Einzelheiten also noch nicht feststehen, sticht bereits jetzt das Bestreben der Staats- und Regierungschefs hervor, neuerliche Referenden und Volksabstimmungen zu umgehen. Das Werk wird nun als Vertrag aufgefasst, der zwischen Staaten, ihren Regierungen und Parlamenten geschlossen wird, und nicht als Regeln, die von den Bürgern Europas dem EU-Staatswesen gesetzt werden. Der Verzicht auf ein EU-Außenministerium markiert den Vorrang der Nationalstaaten vor der Gemeinschaft, die Relativierung des Katalogs der Bürger- und Grundrechte stellt die staatlichen Institutionen über die Bürger. Die Verbleib und vielleicht sogar die Rückverschiebung politischer Kompetenzen auf die Nationalstaaten wurde durch sehr verschiedenartige Bestrebungen erzwungen, die sich in heftigen Aktivitäten zeigten und weiter zeigen.

Soziale Bewegungen wollen durch parlamentarische Mehrheitsbildung Beistand des Staats gegen die Kräfte des Marktes sichern. Sie werden überall von rechtsextremen Bewegungen flankiert, die von der Politik die Sicherung von Vorteilen für die Völkische, d.h. kulturell und nach Abstammung homogen gedachte „Volksgemeinschaft“ erwarten.

Daneben stehen demokratische Bestrebungen, die durch Kompetenzverschiebungen auf die EU Chancen der staatlichen Selbstorganisation und der politischen Selbstbestimmung gemindert sehen. Verschärft werden solche Sorgen durch die Möglichkeit der „Großen“, ihre nationalstaatlichen Interessen vermittels der europäischen Institutionen gegen „Kleine“ durchzusetzen.

Deutlich zu spüren ist auch das Interesse großer EU-Staaten, sich als souveräne Macht in der wilden Welt der Staaten frei bewegen zu können, der EU kommt dabei die Rolle des abgegrenzten und sicheren Hinterlandes zu.

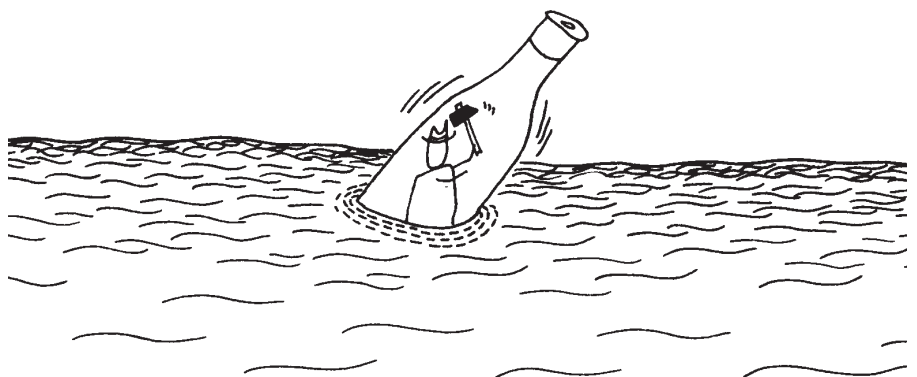
Deutsche Politik stempelt Polen zum Problem-land

Im Umfeld des G8-Gipfels – wir berichteten – bekräftigte US-Präsident Bush bei Besuchen in Polen und Tschechien die Absicht der USA, ein Raketenabfangsystem auf Grundlage bilateraler Vereinbarungen und Polen und Tschechien zu stationieren. Da diese Einrichtung, sie sei technisch nützlich oder nicht, in die Kategorie der strategischen Waffen fällt, schafft sie eine stabile bilaterale Bündnisstruktur. Die USA werden zu Garantiemächten dieser beiden Länder. Das ist nicht etwa ein Begleiteffekt, sondern die Absicht. Der tschechische Ministerpräsident Václav Klaus dazu in einem Interview kurz vor dem Brüssler Gipfel (20.6.07) im Interview in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“:

Frage FAZ: „Liegt der Tschechischen Republik sonderlich an einem innigen Verhältnis zu Amerika, um ein deutsch-französisches oder russisch-deutsches Übergewicht auszutarieren?“

Antwort Klaus: „Es geht nicht um ein Gegengewicht zu einer deutsch-französischen oder einer eventuellen deutsch-russischen Zusammenarbeit. Für uns ist

men, Vertriebenenforderungen usw.). Leben hat den Gespenstern einer schrecklichen Vergangenheit aber die rot-grüne Politik durch ihre Russlandpolitik eingehaucht, die z.B. in der wichtigen Frage der Erdgas-Ostsee-Pipeline die Nachbarn im Osten politisch übergangen hat. Diese Politik hat den Raum zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und dem verkleinerten Russland als Zwischenraum definiert und die dortigen Staaten als nachgeordnete Gebilde. Um diese Politik zu durchkreuzen, suchten und fanden Polen und Tschechien eine bilaterale Rückversicherung bei den USA, die jetzt eine Tatsache nicht der Politik der EU, aber von Staaten der EU ist. – Die Identität von außenpolitischem Interesse der Einzelstaaten und außenpolitischem Interesse der EU ist unter dieser Bedingung kaum noch darstellbar. Es wäre schon eine Kurskorrektur der deutschen Politik erforderlich, um diese Beschädigung des europäischen Integrationsprozesses zu heilen; schnell würde das auch dann nicht gehen. Stattdessen baut Frau Merkel Polen zum Sündenbock auf. Das wird die Probleme bloß verschärfen.



das Bündnis mit Amerika das zweite Standbein unserer Außenpolitik, neben jenem der Europäischen Union. Die Amerikaner haben das Sprichwort: „Don't put all your eggs in one basket.“ Für uns ist die transatlantische Partnerschaft gewissermaßen der zweite Korb, neben der EU.“

Es geht also auch um eine Absicherung der tschechischen Souveränität durch die USA gegenüber Russland, und, das ist ganz deutlich, auch gegenüber einem Deutschland, das sich der EU-Institutionen bedienen könnte.

Diese Situation ist eine Folge der Politik der rot-grünen Regierung. Sie hätte die Chance gehabt, einiges Gerümpel von deutschen Ansprüchen gegenüber Tschechien und Polen wegzuräumen, sie hat sie aber nur halbherzig dementiert (Benesch-Dekrete, Münchner Abkom-

Französisch-deutsche Ausgrenzungspolitik gegen die Türkei

Noch in diesen letzten Tagen der deutschen Ratspräsidentschaft stand die Eröffnung einer neuen Gesprächsrunde mit der Türkei über deren Beitrittsabsicht zur EU an. Auf Initiative der „konservativen französischen Regierung“ sollen nur zwei der sogenannten „Verhandlungskapitel“ eröffnet werden. Geredet wird über „Finanzkontrolle“ und „Statistiken“, nicht zur Debatte stehen „Wirtschaftspolitik und Währungsunion“. Sarkozy begründet, dass Gespräche über dieses Thema ein Schritt zum Beitritt seien, der für ihn „nie“ in Frage komme. Merkel, Herrin der Tagesordnung, macht die Blockade mit.

An diesem Beispiel zeigt sich, wie ein

Rückschritt in der europäischen Integration mit europäischer Machtpolitik verbunden werden kann. Die beiden konservativen Regierungen machen die süd-östliche Außengrenze der EU zu einer Grenze gegen die Welt des Islam. Die Tendenz zu einer EU als „Christenclub“ wird harte Politik. Unmittelbar in diesem Zusammenhang stehen auch die Positionsverschiebungen der christlichen Kirchen in Deutschland, die plötzlich auf das politische Feld stürmen und die Anerkennung eines gegenüber den Muslimen privilegierten Verhältnisses zum Staat verlangen.

Grundrechtekatalog lädiert

Der Katalog der Grund- und Menschenrechte wurde durch Einsprüche Großbritanniens relativiert. Er würde die Rechtsprechung dieses Landes unzulässig beeinflussen. Tatsächlich unterscheidet sich die politische Kultur Großbritanniens von der kontinentalen ganz erheblich. So gibt es dort z.B. keine geschriebene Verfassung, sondern respektierte Gewohnheitsrechte. Das geht nur auf Grundlage lange fortdauernder und allgemein respektierter guter oder wenigstens erträglicher Gewohnheiten. Damit kann der Kontinent nicht dienen, besonders nicht das bekannte Land in seiner Mitte. Der Katalog hätte seine integrierende Bedeutung gerade als eine Art Magna Charta gehabt, die ausdrückt, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU Quelle berechtigter Ansprüche sind. Durch die Bildung der von Blair verlangten Ausnahme verliert diese Erklärung ihren allgemeinen Charakter.

Für die linke Politik wäre es eine Überlegung wert, dass die jetzt wirkenden Tendenzen der Desintegration der EU einerseits die Nationalstaaten stärken mögen, andererseits aber die Nato und in der Nato die USA als Träger der Außenpolitik der Westmächte in den Vordergrund befördern. Die Auseinandersetzung um die Stationierung der Abfangraketen (die russische Seite sagt, sie könnten technisch „jederzeit“ umfunktioniert werden) wird nun von den USA mit Russland geführt, die anderen Nato-Mächte kommen nur als Peripherie in Betracht. In der Welt des klassisch-rivalisierenden Staatenwesens sind eben die Großen mächtig und die Wichte unwichtig. Das ist nicht der Weg, auf dem aus der EU etwas wurde.

Die EU, das zeigt sich in diesem (hoffentlich vorübergehenden) Moment ihrer Schwäche, kann Anziehungskraft und Einfluss gerade als Alternative zum Modell der mühsam eingehegten zwischenstaatlichen Rivalität entwickeln. Ihre Praxis zeigt anschaulich, dass es zwischen den staatlich verfassten Gesellschaften Kooperationsbeziehungen gibt, die ihre Zusammenarbeit ermöglichen. Das strikte Konsensprinzip bei

den wichtigen Entscheidungen ist in der Welt der politischen Formen der Beweis für diese soziale Gegebenheit. Es war der Verzicht auf das Konsensprinzip, der die Zukunft der EU verdüstert hat, zum Teil wegen der abstrakten Möglichkeit, dass irgendwer irgendwann mal überstimmt wird. Praktisch wichtiger dabei war wohl, dass die ausersehenen Opfer solcher Majorisierungen in dem Diskussionsprozess um die Stimmengewichte geradezu herauspräpariert wurden.

Martin Fochler

Exit-Strategie das Gebot der Stunde

Keine Verlängerung des Kriegseinsatzes in Afghanistan

Eine Aktionskonferenz der Friedensbewegung hat sich auf eine Kampagne „Bundeswehr raus aus Afghanistan!“ verständigt, deren erste größere Aktion eine bundesweite Demonstration am 15. September in Berlin sein soll. Der auf der nächsten Seite dokumentierte Aufruf soll von möglichst vielen Organisationen und Personen unterstützt werden.



Der Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan den Rückzug weiterer Nato-Armeen einleiten (Bild: Italienische Soldaten in Afghanistan)

Die Kampagne, die sich auf eine in der Bevölkerung sehr weit verbreitete Ablehnung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan stützt (laut Umfragen lehnen zwischen zwei Drittel und vier Fünftel der Befragten den Einsatz ab), zielt damit auf die im Herbst anstehende parlamentarische Beschlussfassung über Verlängerung oder Nichtverlängerung des Bundeswehreininsatzes. Der Bundestag entscheidet dann über die weitere Beteiligung

– an der US-geführten „Operation Enduring Freedom“ (OEF): Der Beitrag der BRD zu dem auch durch Völkerrecht nicht legitimierten OEF-Einsatz in Afghanistan bestand in der Be-

reitstellung von bis zu 100 KSK-Spezialkräften, die offiziell seit 2005 nicht mehr abgerufen wurden; darüber hinaus geht es um potenziell bis zu 2.800 Soldaten in den verschiedenen Einsätzen im Rahmen von OEF, derzeit vor allem am Horn von Afrika;

- an den NATO-geführten ISAF-Truppen in Afghanistan: Die BRD stellt hier derzeit rund 3.000 der derzeit knapp 40.000 Soldaten;
- und über die Bereitstellung der Recce-Tornados und weiterer 500 Soldaten.

Während die Bundesregierung von der Verlängerung aller drei Mandate ausgeht und dafür eintritt, hat sich seit letztem Herbst bei den Grünen, die als Regierungspartei den Beitrag zu den OEF-Einsätzen mit durchgesetzt hatten, eine ablehnende Haltung gegenüber der „Operation Enduring Freedom“ durchgesetzt. In der SPD mehren sich ebenfalls die Stimmen, das OEF-Mandat auslaufen zu lassen. Aber weder die Grünen noch die SPD ziehen den Militäreinsatz, die Beteiligung der BRD am Krieg in Afghanistan in Zweifel. So hat sich erst vor Wochen der Grüne Länderrat gegen den Abzug der Nato/ISAF aus Afghanistan ausgesprochen. Die OEF-Kritiker innerhalb der SPD argumentieren damit, dass der OEF-Einsatz dem ISAF-Einsatz schade. So wertet die

FAZ (26.6.) die aktuelle Debatte wohl zu Recht als Versuch, die Verlängerung – und hinzuzufügen ist: die womögliche Aufstockung – des ISAF-Einsatzes gegen die öffentliche Meinung und gegen Kritiker in den eigenen Reihen durchzusetzen.

Ohnehin gehen der OEF- und der ISAF-Einsatz seit spätestens 2006 immer mehr ineinander über. Vor knapp einem Jahr übernahm die ISAF im Süden Afghanistans das Kommando und

zusätzliche Aufgaben aus dem OEF-Bereich. Der Ausweitung ihrer Aufgaben folgten massive militärische Auseinandersetzungen zwischen ISAF und afghanischen Aufständischen. Auch die Kommandostränge beider Operationen sind nicht strikt getrennt, seit der OEF-Kommandeur gleichzeitig stellvertretender ISAF-Kommandeur ist.

Durch Krieg ist der Frieden nicht zu gewinnen

Längst lässt sich deshalb auch die Behauptung nicht mehr aufrechterhalten, die afghanische Bevölkerung unterstütze die ISAF (weil diese den Wiederaufbau unterstütze) und wende sich lediglich

Frieden für Afghanistan – Keine Verlängerung der Bundeswehrein-sätze!

„... dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“
(Wolfgang Borchert, 1947)

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg „Operation Enduring Freedom“ und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlass bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg.

Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze – Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau – sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt. Mit dem 2001 von der US-Regierung begonnenen völkerrechtswidrigen „Krieg gegen den Terror“ sol-

len die Einfluß-Sphären der USA und ihrer Verbündeten im Nahen – und Mittleren Osten erweitert werden. Eine Politik zur militärischen Absicherung ökonomischer und geostrategischer Interessen lehnen wir ab. Sie kann nicht zum Frieden führen.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. In den meisten Regionen herrschen Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel beherrschen den Alltag. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den Tornado-Einsatz wurde die – seit Anbeginn betriebene – deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet und die Verwicklung von OEF und ISAF fortgeführt. Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deutscher Soldaten, in Kauf.

An Stelle der von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik müssen Abrüstung, zivile Konfliktregulierung und diplomati-

sche Verhandlungen treten. Nur so können die gewaltigen Probleme gelöst werden.

Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die kriegführenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die somit freiwerdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Die Beendigung der Bundeswehrein-sätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen!

gegen die OEF-Kampfeinsätze. Der Krieg spielt, je länger er dauert, um so mehr den Taliban in die Hände. Die Forderung nach Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan wird nicht mehr nur von Taliban und ihren Anhängern erhoben. Wie groß der Druck auf die von der NATO abhängigen afghanischen Institutionen inzwischen ist, mag man daraus ersehen, dass der afghanische Senat am 8. Mai die Einstellung aller militärischen Offensivhandlungen forderte und die wichtigste Oppositionsgruppierung einen Zeitplan für den Abzug aller ausländischen Truppen.

Die Hauptursache ist der ohne Rücksicht auf Verluste geführte Krieg, der die Zivilbevölkerung trifft. Entgegen den Behauptungen der ISAF kommen bei den Einsätzen ausländischer Truppen mehr Zivilisten ums Leben als durch Anschläge und Überfälle von Taliban und anderen Aufständischen, meldete jüngst der Standard (24.6.). Es vergeht kaum noch ein Tag, an dem nicht die Tötung von oft Dutzenden Zivilisten gemeldet wird – wobei als Zivilisten nur Frauen und Kinder gelten. Getötete männliche Zivilisten werden als getötete Taliban gemeldet. Am Wochenende 23./24. Juni etwa fielen in Afghanistan Dutzende Zivilisten Angriffen der Nato-Truppen zum Opfer. Bei dem gleichen Einsatz schlugen etliche der abgefeuerten Raketen auch auf pakistanisches Gebiet in der Region Wasiristan, eine Rakete traf ein kleines Hotel, tötete fünf Männer, drei Frauen und ein

Kind und verletzte 80 Menschen. Auf ihren Protest erhielt die pakistanische Regierung die lapidare Antwort: „Wir hatten nur böse Burschen im Visier“, aber es sei gut möglich, dass „etwas Munition auf der pakistanischen Seite gelandet sein könnte“. (ND, 25.6.) Nach dem Massaker versammelten sich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet rund 300 Clanchefs, religiöse Autoritäten und gewählte Vertreter und kündigten an, weitere Kriegsverbrechen nicht widerstandslos hinzunehmen.

Die Zunahme der Angriffe auch auf Bundeswehrsoldaten, auf Mitglieder der deutschen Regierung bzw. der deutschen Botschaft und auf deutsche bzw. westliche Nichtregierungsorganisationen muss, ebenso wie die von der Bundesregierung behauptete wachsende Gefahr terroristischer Anschläge in der Bundesrepublik, in diesem Zusammenhang des ohne Rücksicht geführten Krieges gesehen werden. Die großen Hilfsorganisationen Caritas International und Deutsches Rotes Kreuz sind inzwischen so besorgt, dass sie einen Kurswechsel der deutschen Afghanistan-Politik einfordern, ein Ende der Instrumentalisierung der humanitären Hilfe für militärische Zwecke und eine Überprüfung des Mandats von ISAF und Bundeswehr.

Der Krieg ist nicht zu gewinnen

Fast täglich melden die Nato-Truppen Dutzende getöteter „Feinde“. Das sollte über die tatsächliche Situation in diesem Krieg an der Ostflanke von „Grea-

ter Middle East“ nicht hinwegtäuschen. Aufschlussreicher ist die ständig weitere Aufstockung der ISAF. Auch die Meldung, dass die britische Regierung sich auf einen „jahrzehntelangen Einsatz in Afghanistan“ einrichtet (Standard 25.6.), spricht Bände.

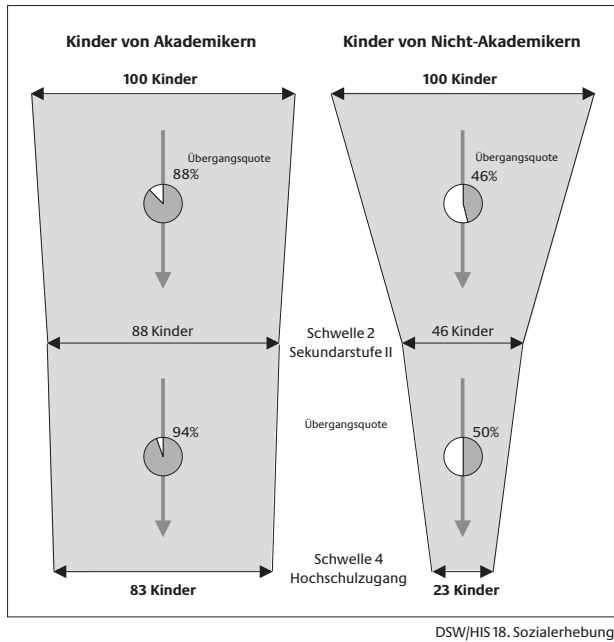
Tatsache ist, dass die Taliban anders als im letzten Jahr offene und verlustreiche Angriffe vermeiden und verstärkt auf Guerilla-Kriegführung und Terror setzen.¹ Sie scheinen auf dauerhafte territoriale Kontrolle zu verzichten und bauen, von der Ernennung einzelner Amtsträger in einigen Distrikten abgesehen, auch keine Gegenadministration auf. Doch stuft die UNO im April 2007 landesweit 68 von 378 Distrikten als vollständig bzw. teilweise „feindselig“, 82 als „unberechenbar“ und 56 als „instabil“ ein; das heißt mit anderen Worten, dass die Nato und die afghanische Regierung weniger als der Hälfte der Distrikte wirklich kontrollieren, Tendenz fallend.

„Wer jetzt nicht daran geht, ernsthafte Pläne für den Abzug der Truppen gemeinsam mit den Afghanen zu entwickeln, wird in der Spirale der militärischen Eskalation untergehen“, schrieb Norman Paech, MdB Die Linke. im ND (13.6.). „Wer nicht bereit ist, von Irak zu lernen, sollte noch einmal die Lektion studieren, die die Afghanen den Sowjettruppen erteilt haben.“

Christiane Schneider

¹ Hierzu und zum Weiteren siehe: SWP Aktuell, Juni 2007, Thomas Ruttig, Die Taleban nach Mulla Dadullah

Bild 3.31 Bildungstrichter 2005: Schematische Darstellung sozialer Selektion – Bildungsbeteiligung von Kindern nach akademischem Abschluss des Vaters
in %



Studieren – soziale Selektion und ihre Entwicklung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das Deutsche Studentenwerk haben jetzt die 18. Sozialerhebung über die wirtschaftliche und soziale Situation der Studierenden in der Bundesrepublik vorgelegt. Die Erhebung wird alle drei Jahre durchgeführt; die neuesten Ergebnisse geben den Stand von 2005 wieder, sind also für

„Bildungsschwellen“, eine seit den diversen Bildungsstudien allgemein wieder in Erinnerung gerufene Tatsache.

Interessant ist die Entwicklung über einen längeren Zeitraum. Dazu gibt die Studie mehrere Informationen. Erstens: Wie hat sich die Zahl der Studienanfänger seit den 1980er Jahren entwickelt? (siehe Grafik). Wäre der Anteil der Studienanfänger an der Bevölkerungsgruppe der 19- bis 24-Jährigen gleichgeblieben wie 1980, würden heute aufgrund rückläufiger Bevölkerungszahl weniger studieren als damals. Tatsächlich hat sich die Zahl der Studienan-

fänger fast verdoppelt. Woran liegt das? Darüber gibt zweitens Auskunft das Verhältnis weiblich zu männlichen Studienanfängern Auskunft. Danach haben bis Anfang der 1990er Jahre sowohl mehr Männer als auch Frauen ein Studium begonnen; wenn auch der Zuwachs bei den Frauen deutlich höher war. Nach einem Sprung der Studierendenzahlen durch den Anschluss der neuen Bundesländer ging die Zahl der männlichen Studienanfänger leicht zurück und stagniert seit einigen Jahren. Dagegen nahm die Zahl der Frauen bei den Studienanfängerinnen weiter zu. Dass heute die Studierendenzahl der 19- bis 24-Jährigen höher liegt als in den 1970er und 80er Jahren liegt also stark an dem höheren Anteil von Frauen, die die Universitäten (und immer noch weniger Fachhochschulen) besuchen. Allerdings liegt die BRD mit einem Frauenanteil von 49,4% am unteren Ende des EU-Durchschnitts (54,8 % Frauenanteil); wobei diese internationalen Vergleiche wegen der Unterschiedlichkeiten der Hochschulen mit Vorsicht zu bewerten sind (z.B. werden in nahezu allen EU-Ländern Erzieherinnen für Kleinkinder an Hochschulen ausgebildet, in der BRD nicht).

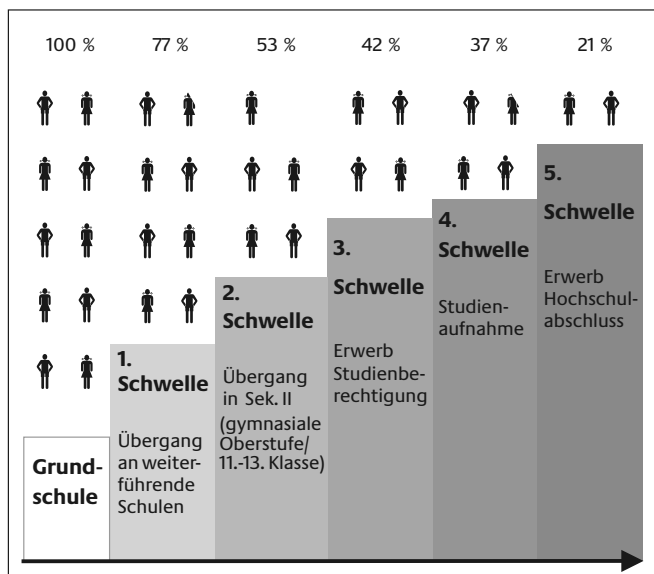
Eigentlich wenig überraschend dieses Ergebnis, weil die soziale Auslese im Bildungswesen in der Bundesrepublik über mehrere Stufen hinweg bereits früh ansetzt (siehe Grafik „Bildungstrichter“).

fänger fast verdoppelt. Woran liegt das?

Wie hat sich die soziale Zusammensetzung über einen längeren Zeitraum geändert? Dazu gibt die Grafik „Bildungsbeteiligung“ Auskunft. Zwar ist seit 1985 der Anteil der Kinder aus Arbeiterfamilien, die das Studieren begonnen haben, von 7 auf 18% gestiegen. Aber auch im Angestelltenmilieu ist die Bildungsquote stark angestiegen von 27% im Jahre 1985 auf inzwischen um die 40%. Diese Bildungsquoten sind allerdings bloß ein Indiz wie selektiv

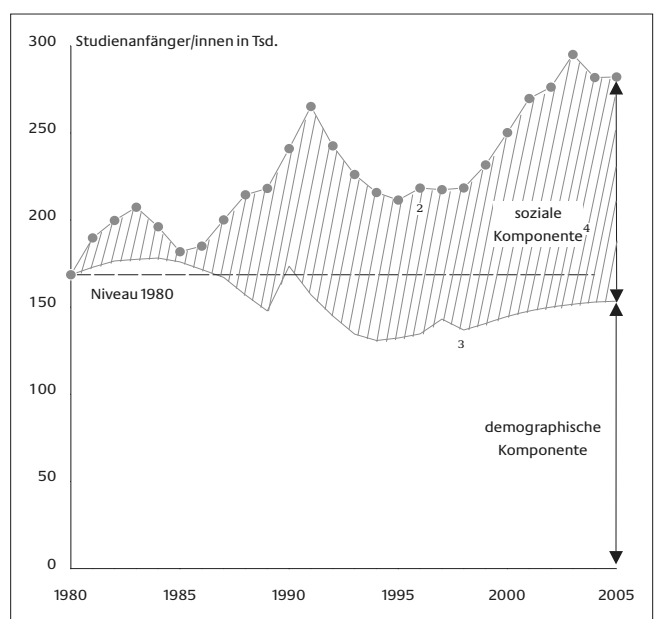
Wie hat sich die soziale Zusammensetzung über einen längeren Zeitraum geändert? Dazu gibt die Grafik „Bildungsbeteiligung“ Auskunft. Zwar ist seit 1985 der Anteil der Kinder aus Arbeiterfamilien, die das Studieren begonnen haben, von 7 auf 18% gestiegen. Aber auch im Angestelltenmilieu ist die Bildungsquote stark angestiegen von 27% im Jahre 1985 auf inzwischen um die 40%. Diese Bildungsquoten sind allerdings bloß ein Indiz wie selektiv

Bild 3.1 Bildungsbarrieren: Fünf Schwellen der Bildungsbeteiligung 2004¹
in %



¹ Anteil der Deutschen und Bildungsinländer/innen an der altersspezifischen Bevölkerung

Bild 2.2 Soziale und demographische Komponente der Entwicklung der Studienanfängerzahlen 1980–2005¹
deutsche Studierende, absolute Zahlen, in Tausend



¹ ab 1991 inkl. neue Länder

² tatsächliche Anzahl von Studienanfänger/innen 1980–2005

³ Entwicklung der Studienanfängerzahlen, wenn das Verhältnis zwischen Schulabgängern/innen und Studienanfänger/innen dem Verhältnis von 1980 entspräche. Ab 1997 sind die 19-24-Jährigen die Bezugsgruppe, davor 18-24-Jährige.

⁴ darunter fallen z.B. die Erhöhung der Studierneigung und der Übergang aus beruflicher Bildung und Erwerbstätigkeit

oder wie durchlässig der Zugang zu den Hochschulen gestaltet ist.

Eine Bewertung dieser Daten und ihre Auswirkungen auf die soziale Zusammensetzung bei den Studienanfängern ist kompliziert. Wie der Tabelle zu entnehmen ist, schwanken die Zahlen der zur jeweiligen Bevölkerungsgruppe gehörigen Personen sehr stark. 1985 gab es 990.000 Jugendliche (19–24 J.), davon 446.000 Arbeitermilieu, von denen begannen 32.000 zu studieren, bei 192.000 Studienanfängern insgesamt. 1995 waren es nur noch 569.000 Jugendliche, davon 204.000 Arbeitermilieu, von denen 26.000 ein Studium begannen bei 191.000 Studienanfängern insgesamt. Bis 2005 waren es dann wieder 677.000 Jugendliche usw. Diese kräftigen Schwankungen sind Folge des unterschiedlichen generativen Verhaltens aufgrund von Demografie und sozialer Situation. Daher schwankt der Anteil der jeweiligen Sozialgruppe an der Gesamtzahl der Studierenden; der Rückgang von 17% Arbeiterjugendlichen an den Studienanfängern auf 12% im Jahr 2000 ist kein Zeichen stärker gewordener sozialer Selektion; ebenso wenig wie der erneute Anstieg auf 18% im Jahr 2005 ein Zeichen für bessere Durchlässigkeit ist.

Auch die Finanzierung des Studiums aus den verschiedenen Quellen (siehe Grafik) ist nur bedingt geeignet, die soziale Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit zu beurteilen. Der gesunkene Anteil der eigenen Erwerbstätigkeit und damit der gestiegene Anteil der Finanzierung durch die Eltern von Studenten hat vermutlich verschiedene Gründe. Zum einen haben verschiedene Regelungen zu einem Rückgang der so-

Bild 3.34 Bildungsbeteiligung und soziale Zusammensetzung im Zeitverlauf am Beispiel von Kindern aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien in den alten Ländern¹
nur Deutsche, alte Länder, absolut und in %

Jahr	soziale Zusammensetzung der 19-24-jährigen Bevölkerung ²			Bildungsbeteiligungsquote	soziale Zusammensetzung der Studienanfänger/innen ³		
	Anteil Sozialgruppe	Ø Jahrgangsstärke	Anzahl Sozialgruppe		Anzahl Sozialgruppe	Anzahl gesamt	Anteil Sozialgruppe
Arbeiter	1985	45%	von 990.000 = 446.000	7%	32.000	von 192.000 =	17%
	1990	40%	von 821.000 = 327.000	12%	40.000	von 254.000 =	16%
	1995	36%	von 569.000 = 204.000	14%	29.000	von 191.000 =	15%
	2000	36%	von 598.000 = 216.000	12%	26.000	von 217.000 =	12%
	2005	37%	von 677.000 = 251.000	18%	45.000	von 244.000 =	18%
Angestellte	1985	29%	von 990.000 = 287.000	27%	78.000	von 192.000 =	41%
	1990	34%	von 821.000 = 276.000	40%	110.000	von 254.000 =	43%
	1995	36%	von 569.000 = 204.000	39%	80.000	von 191.000 =	42%
	2000	38%	von 598.000 = 230.000	39%	90.000	von 217.000 =	41%
	2005	38%	von 677.000 = 257.000	40%	103.000	von 244.000 =	42%

DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ nach beruflicher Stellung des Vaters

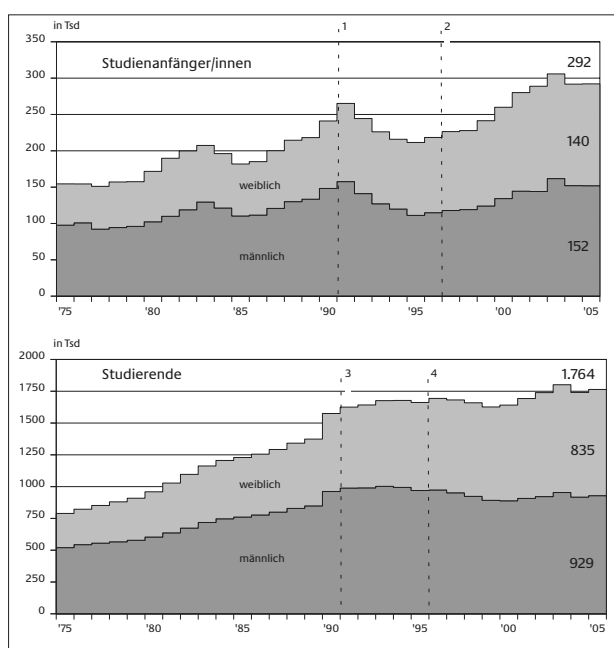
² Synthetischer Bezugsjahrgang (durchschnittl. Jahrgangsstärken der 18-21-jährigen, ab 1997 der 19-24-jährigen deutschen Bevölkerung), (Werte gerundet)

³ Deutsche Studienanfänger/innen im Studienjahr 2000/01 an Universitäten, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen (Werte gerundet)

nannten Langzeitstudenten geführt, für die das Studium oft nur noch einen geringen Anteil an ihrer Beschäftigung ausmachte. Zum anderen sorgen die Umstellungen auf Bachelor- und Masterstudiengänge dafür, dass mehr Zeit ins Studium gesteckt werden muss und damit weniger für Jobs neben dem Studium oder in den Ferien verbleibt. Vorsichtiges Fazit:

Die Betrachtung der Anteile verschiedener sozialer Gruppen bei den Studienanfängern taugt nur bedingt für die Bewertung, ob das Bildungssystem in der Bundesrepublik sozialer geworden ist oder nicht. Es mischen sich zu viele Faktoren in den statistischen Daten. Ganz abgesehen davon, dass eine Betrachtung des Bildungssystems vom Hochschulabschluss her nichts darüber sagt, wie sonst die Chancen für die berufliche und persönliche Bildung und Ausbildung aussehen. Alfred Küstler
Quelle: www.studentenwerke.de

Bild 2.1 Studienanfänger/innen und Studierende nach Geschlecht 1975-2005
ohne Verwaltungsfachhochschulen, in Tausend



DSW/HIS 18. Sozialerhebung

¹ ab 1991 einschließlich neue Länder

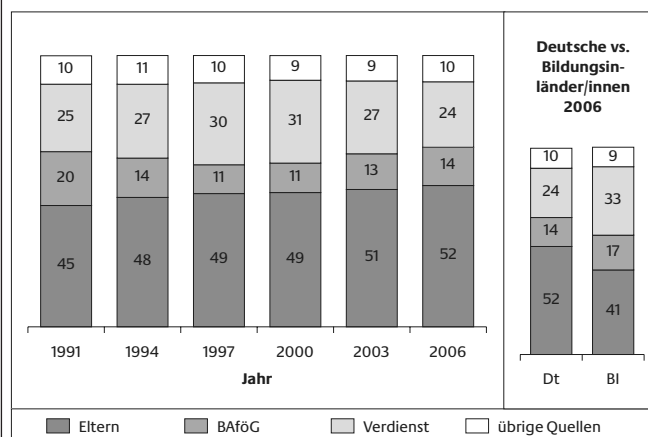
² ab 1997 einschließlich Bildungsinländer/innen

³ ab 1990 einschließlich neue Länder

⁴ ab 1996 einschließlich Bildungsinländer/innen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.1, 2006/HIS-ICE Datenbank

Bild 6.5 Zusammensetzung der monatlichen Einnahmen nach der Herkunft der Mittel¹
Bezugsgruppe „Normalstudent“, Anteil je Finanzierungsquelle in %



¹ bis 2003 nur deutsche Studierende, ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen

DSW/HIS 18. Sozialerhebung



Europäisches Netzwerk gegen Prekarisierung

Für Mitte Juni hatte die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke zu einem internationalen Koordinierungstreffen unter dem Titel „Precarious Europe“ eingeladen. Knapp 50 Vertreterinnen und Vertreter überwiegend von Gewerkschaften aus 14 Ländern waren der Einladung gefolgt; aus Osteuropa allerdings war nur ein Vertreter aus Ungarn gekommen, polnische Teilnehmer hatten wegen eines Streiks ihre Teilnahme abgesagt. Auch sonst zeigte der Konferenzverlauf, dass noch viel Arbeit harret. Die Europaparlamentarierinnen Gabi Zimmer und Ilda Figueredo prangerten in ihrem Einleitungsbeitrag an, dass prekäre Arbeitsverhältnisse auf dem Vormarsch sind; der europäischen Statistikbehörde zufolge sind jetzt schon 34 Millionen von 200 Millionen europaweit in prekären Verhältnissen beschäftigt. Der portugiesische Abgeordnete wies darauf hin, dass es immer mehr befristete Arbeitsverträge gibt und die Zahl rechtloser Scheinselbstständige stark zunimmt. Vertreter aus Griechenland und Italien unterstrichen die Notwendigkeit, gegen die „Discounterisierung“ der Arbeitsverhältnisse vorzugehen. Doch die Arbeitsbedingungen sind, das ergab die Konferenz, etwa bei der Schwarz-Gruppe (Lidl und Kaufland), der europaweit viertgrößten Discounter-Gruppe, stark unterschiedlich. Noch härter als in Deutschland, wo ver.di und attac gegen die Arbeitsbedingungen bei Lidl eine Kampagne durchgeführt hatten, sind sie in Süd- und Osteuropa. In Portugal z.B. werden in Bewerbungsbögen sogar die sexuelle Orientierung, Kinderwünsche u.ä.m. abgefragt und die Beschäftigten bis auf die Toilette verfolgt. Die Ausbreitung der Discounter-Gruppen nach Osteuropa wurde massiv von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung unterstützt, ohne dass daran Be-

dingungen wie die Einhaltung der Kernarbeitsnormen verbunden waren. In Skandinavien jedoch haben die Gewerkschaften bei Lidl Betriebsräte durchgesetzt und vieles verhindert, was andernorts als Lidl-Standard gilt, ähnlich in Belgien. Aufgrund dieser auseinanderklaffenden Bedingungen war die Diskussion über gemeinsame Handlungsperspektiven eher schwierig. Die Vertreter aus Skandinavien und Belgien lehnten z.B. eine europaweite Lidl-Kampagne ab, auch versprachen sie sich nichts davon, Gesetzesinitiativen für Mindeststandards über das EU-Parlament voranzubringen, weil sie dadurch eher eine Senkung der Standards in ihren Ländern befürchteten. Schließlich einigte sich das Netzwerk nur auf zwei „Aktionstage“ am 10. Dezember (Tag der Menschenrechte) und 8. März (internationaler Frauentag). Jedoch sind Folgetreffen ins Auge gefasst. (Quelle: Ralf Streck auf Telepolis)



Südafrika: Massenstreik im öffentlichen Dienst dauert an

24. Juni. Seit dem 1. Juni streiken, wie in der letzten Ausgabe berichtet, mehrere hunderttausend Krankenhausbeschäftigte und Lehrer für eine Erhöhung der Gehälter; ursprünglich hatten die Gewerkschaften 12% gefordert, ihre Forderung dann jedoch auf 10% reduziert. Die Regierung bot zunächst 6 und hat inzwischen auf 7,25% erhöht, aber immer noch unterhalb der Inflationsrate. Trotz dieser Annäherungen, der die Medien ein baldiges Ende erwarten lässt, sind die Fronten hart. Den Streikenden haben sich inzwischen auch die kommunalen Beschäftigten der Müllabfuhr und des öffentlichen Nahverkehrs in vielen Städten angeschlossen. An den Demonstrationen des Gewerkschaftsdachverbandes Cosatu in mehr als 40 Städten (Bild: Johannesburg) beteiligte sich eine halbe Million Menschen. Auch die Polizei und die Bergarbeiter erwägen, sich dem Streik anzuschließen. Die Regierung geht hart gegen die Streikenden vor. Polizei setzte Gummigeschosse gegen Streikposten ein, Soldaten verrichteten Streikbrecherarbeiten. Der Konflikt eskalierte, als die Regierung 600 Krankenhausbeschäftigte entließ, weil sie angeblich „unerlässliche Dienste“ nicht verrichteten. Die Gewerkschaft hält dagegen, dass der tatsächliche Grund im gewerk-

schaftlichen Engagement der Entlassenen liege. Der medizinische Notstand im öffentlichen Gesundheitswesen Südafrikas sei eine seit Jahren bekannte Situation. Die mit umgerechnet 450 Euro, die eine Krankenschwester durchschnittlich verdient, sind angesichts von Lebenshaltungskosten, die denen in Westeuropa entsprechen, so unzureichend, dass viele auswandern. Die jetzt erfolgte Entlassung verschärft die Situation insbesondere der zahlreichen HIV-Infizierten so sehr, dass die größte AIDS-Initiative TAC, in der sich über zehntausend HIV-infizierte Südafrikaner organisiert haben, gegen die Entlassung von Krankenschwestern in HIV-Schwerpunktregionen zur Verletzung des Grundrechts auf Krankenhausversorgung erklärte und eine Klage vor dem Obersten Gericht in Kapstadt einreichte. (Quelle: Labourstart.org; Telepolis)

„Wenn kurdisch sprechen eine Straftat ist ...“

In einer gemeinsamen Erklärung haben alle 54 DTP-Bürgermeister in der Türkei ihre Unterstützung für den des Amtes enthobenen Bürgermeister des Distriktes Diyarbakir-Sur Abdullah Demirbas ausgesprochen. In der von Oberbürgermeister Osman Baydemir verlesenen Erklärung heißt es: „Niemand sollte daran zweifeln, dass wir sowohl im Alltagsleben als auch bei bestimmten Dienstleistungen die kurdische Sprache, die Teil des Reichtums der Türkei ist, weiterhin benutzen werden. Wenn es eine Straftat darstellt, kurdisch zu sprechen, dann begehen wir diese Straftat täglich und werden es weiter tun.“ Abdullah Demirbas war vom Oberverwaltungsgericht abgesetzt worden, weil er Türkisch nicht als einzige Amtssprache nutzen wollte. Gleichzeitig wurde der Gemeinderat von Sur aufgelöst. Dieser hatte mit 17 gegen 7 Stimmen beschlossen, in der Verwaltung neben Türkisch auch andere Sprachen zu gebrauchen. Eine Untersuchung hatte ergeben, dass 72 % der Einwohner von Sur Kurdisch sprechen, aber nur 24% Türkisch. Kleinere Gruppen sprechen zudem Arabisch, Armenisch oder Aramäisch. – Abdullah Demirbas hatte die Entscheidung zur Einführung einer mehrsprachigen Verwaltungsarbeit in Sur mit der Unabhängigkeit der kommunalen Verwaltung begründet und auf die türkische Verfassung und internationale Verträge verwiesen. Nun will er in Strassburg am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte klagen. Die Entscheidung, eine mehrsprachige Verwaltung einzuführen, sei kein Versuch gewesen die Türkei zu spalten, sondern sie zu einen. (Quelle: ANF, 16.6.07, ISKU)

Zusammenstellung: scc

Demonstration für die Abschaffung der Abschiebehaft INGELHEIM. „Wir sind hier, um kund zu tun, dass dieses Gefängnis nicht in unserem Namen dort steht. Die Mauer von Ingelheim muss weg.“ Diese Worte rief Kathrin Schank, Jugendbeauftragte der „Aktion 3. Welt Saar“ den rund 500 TeilnehmerInnen der Demonstration vor dem Abschiebegefängnis Ingelheim bei Mainz entgegen. Zu der Demonstration hatten aufgerufen die Aktion 3. Welt Saar, die Antifa Nierstein, die Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier, attacCampus Mainz, die Grüne Jugend RLP, die JungdemokratInnen / Junge Linke RLP, das Multikulturelle Zentrum Trier und die Widerstandsgruppe Worms-Wonnegau. Insgesamt wurde der Aufruf von 45 Gruppen und Organisationen unterstützt. Das Abschiebegefängnis Ingelheim für Rheinland-Pfalz und das Saarland ging im Mai 2001 in Betrieb und ist seit dem Gegenstand regelmäßiger Proteste und Demonstrationen. Für die Teilnehmer der Demonstration ist es mit seinen fünf Meter hohen Mauern ein Baustein in der Mauer um Europa. Seit Inkrafttreten des Schengener Vertragswerkes 1993 starben 8000 Flücht-



linge an den Außengrenzen Europas durch Verhungern, Verdurstern, Erfrieren und Ertrinken. Statt in Sonntagsreden von Integration zu reden und werktags Flüchtlinge auszugrenzen, forderten die Teilnehmer dazu auf, das Abschiebegefängnis zu schließen und die Fluchtursachen zu bekämpfen.

<http://comtact.net>

Bundesweites „Festival contre le racisme“ gestartet

BERLIN. Gemeinsam mit dem Bundesverband ausländischer Studierender (BAS) organisiert der freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) zum 4. Mal das Festival contre le racisme. Neun Hochschulen beteiligen sich in diesem Jahr mit einer Aktionswoche gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Mit vielfältigen Programmen wird unter anderem auch auf das diesjährige Thema „Mobilität“ eingegangen. Trotz fortschreitender Internationalisierung ist die Realität internationaler Studierender ein Dschungel voller Hindernisse und vielfältigen Diskriminierungen. Mit zahlreichen Veranstaltungen sollen zum einen Studierende für antirassistische Themen sensibilisiert werden. Zum anderen bietet das festival vielerlei Möglichkeit zum Austausch mit internationalen Studierenden und AktuerInnen in den Studierendenschaften. www.fzs.de

Prozess gegen Antirassisten wegen Hausverbot

BLANKENBURG. Am Mittwoch, dem 27.6.2007, wird vor dem Amtsgericht in der Elisabethstraße ein Prozess gegen drei Aktivisten aus dem antirassistischen Plenum Oldenburg stattfinden. Ihnen wird vorgeworfen, Hausfriedensbruch begangen zu haben. Sie sind vom Lagerleiter Lüttgau vom Gelände verwie-

sen worden, obwohl sie angemeldete Besucher waren. Sie waren zum selben Zeitpunkt vor Ort, als Flüchtlinge eine Protestaktion auf dem Lagergelände durchführten. Der Lagerleiter Lüttgau widerrief – ohne weitere Begründung – die zuvor erteilte Besuchserlaubnis. Während sie sich mit den protestierenden Flüchtlingen unterhielten, wurden sie aufgefordert, das Gelände unverzüglich zu verlassen. Damit sollte offensichtlich eine kritische Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Auch nach der zweiten Aufforderung weigerten sich die Aktivisten, das Lagergelände zu verlassen. Die anwesenden Flüchtlinge bestanden darauf, dass diese Personen ihre Gäste seien und bleiben. Dennoch hielt der Lagerleiter Lüttgau an seiner Entscheidung, ein willkürliches Hausverbot auszusprechen fest, und erstattete gegen die drei Personen Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Hausverbote waren und sind ein Angriff auf die Besuchsfreiheit im Lager Blankenburg. Im Lager existiert ein rechtsfreier Raum, in dem die Bewohner nicht mal darüber entscheiden dürfen, welchen Besuch sie wann bekommen. Sie müssen dort über Jahre hinaus leben. Ein normales Leben, in dem sie über ihre sozialen Kontakte selbst entscheiden können, wird ihnen nicht zugestanden. Die Öffentlichkeit in das Lager einzuladen, wird ihnen verweigert. Gegen diese Praxis der Repression werden wir vor dem Amtsgericht Oldenburg am 27.6.07 um 9.30 Uhr protestieren. Im Anschluss daran

werden wir ab 10.15 Uhr den Prozess im Amtsgericht in der Elisabethstraße kritisch begleiten. **Antirassistisches Plenum Oldenburg/Blankenburg**

Falken-Mitarbeiter unter abstrusem Terrorismusverdacht

BERLIN. Am 19.6.2007 wurde neben drei Privatwohnungen auch die Kindereinrichtung der Berliner Falken in Lichtenberg durchsucht. Grund ist ein Ermittlungsverfahren wegen §129a StGB (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung), das sich u.a. gegen einen in der „Falkenburg“ beschäftigten Mitarbeiter richtet. Die Polizei durchsuchte die Kindereinrichtung mehrere Stunden und stellte dabei eine CD und die Daten des Bürocomputers sicher. „Der Durchsuchungsbeschluss des Bundesgerichtshofs ist ein Witz. Es wird deutlich, dass das LKA keinen einzigen stichhaltigen Hinweis auf die Beteiligung unseres Mitarbeiters an den Brandanschlägen hat. Stattdessen sollen die Durchsuchungen linke politische Organisationen einschüchtern, durchleuchten und in der Öffentlichkeit als kriminell erscheinen lassen“, so Falken-Pressesprecherin Rona Torenz. Nach einem Bericht im „Tagesspiegel“, der die Falken ebenfalls implizit unter Terrorismus-Verdacht stellt, kündigte zudem die Jugendgerichtshilfe die Zusammenarbeit mit der Falkenburg auf, da sie ihre Klienten nur in „zweifelsfreie Einrichtungen“ vermittelt. „Es wird deutlich, welche rufschädigenden Konsequenzen solche abstrusen Verdächtigungen haben können. Der „Tagesspiegel“ macht sich zum journalistischen Handlanger zweifelhafter politischer Interessen“, so der Geschäftsführer der Falken Holger Gräber. In der letzten Nacht kam es außerdem zum zweiten Mal innerhalb der letzten Wochen zu einer mutmaßlich rechtsextrem motivierten Sachbeschädigung der „Falkenburg“. Unbekannte sprühten die Parole „Falken die Flügel brechen“ an die Außenfassade der Einrichtung. Es wurde Anzeige erstattet. www.falken-berlin.de

Fregattenauftrag: Friedensorganisationen fordern zivile Alternativen

BREMEN. Der neue Fregattenauftrag der Bundesmarine, den der Haushaltsausschuss des Bundestages genehmigt hat, stößt auf Kritik des Bremer Friedensfor-



ums und der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung. Von dem Auftrag profitieren die Vegesacker Lürssen-Werft und der Bremer Spezialisten für Rüstungselektronik, Atlas Elektronik. Auch der Bundesrechnungshof hat schweres Geschütz

(„zu industriefreundlich“) gegen die milliardenteure Beschaffung aufgefahren. Er kritisierte die Bundeswehr, mit einer „schlampigen Vertragsvorlage“ in die entscheidende Beratung des Haushaltsausschusses des Bundestages gegangen zu sein.

Laut Andrea Kolling von der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung und Ekkehard Lentz vom Bremer Friedensforum verstärkt die Produktion von vier neuen Fregatten vom Typ F 125 den gefährlichen Kurs der Bundesregierung, mit militärischen Mitteln die „außenpolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands zu sichern“. Mit den Fregatten können nicht nur fremde Küstenabschnitte und Gewässer überwacht, sondern auch die Küsten aus 70 Kilometer mit Mehrfach-Raketenwerfern und den berüchtigten Clusterbomben beschossen und als Killer ausgebildete Einzelkämpfer für Spezialkommandos in fremden Ländern abgesetzt werden.

Bremer Rüstungsunternehmen stehen nach Ansicht der Friedensorganisationen „in einer unheilvollen Tradition“. Sie produzierten Waffen für zwei Weltkriege und liefern bis heute Waffen in alle Teile der Welt. Friedensforum und Stiftung halten die Sicherung von Arbeitsplätzen – wie jetzt angeblich 500 bei Lürssen und Atlas Elektronik – durch Rüstungsproduktion für trügerisch. Forcierte Rüstung führt zu erhöhter Kriegsbereitschaft.

www.uni-kassel.de/fb5/frieden

Aktionsprogramm zur sozialen Öffnung der Hochschulen

BERLIN. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat als Konsequenz aus der in Berlin vorgestellten jüngsten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) ein „Aktionsprogramm zur sozialen Öffnung der Hochschulen“ vorgeschlagen. „Bund, Länder und Hochschulen müssen die alarmierenden Befunde der Sozialerhebung ernst nehmen und rasch Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden ergreifen. Nur so wird das Ziel, den Anteil der Studierenden auf 40 Prozent eines Altersjahrgangs zu steigern, erreicht“, erklärte Andreas Keller, für Hochschulen zuständiges Vorstandsmitglied der GEW, in Berlin. Er bot die Mitwirkung der GEW bei den Verhandlungen an und stellte Eckpunkte eines gemeinsamen Aktionsprogramms vor. Zentral sei dabei die Erhöhung der BAföG-Freibeträge und -Bedarfssätze um mindestens zehn Prozent sowie ein Moratorium, um Studiengebühren zu stoppen.

Gemeinsam mit dem Deutschen Studentenwerk und der Hans-Böckler-Stiftung wird die GEW vom 27. bis 31. August im Rahmen einer Wissenschaftskonferenz die Ergebnisse der 18.

Sozialerhebung auswerten und Konsequenzen für die Hochschul- und Studienfinanzierung beraten. Dazu werden Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, der Länder und der Hochschulen eingeladen.

Der 5. Weltkongress der Bildungsinternationalen findet vom 22. bis 26. Juli 2007 in Berlin statt. Die GEW ist als eines der drei deutschen Mitglieder des weltweiten Zusammenschlusses von Bildungsgewerkschaften Gastgeber des Kongresses. Die Bildungsinternationale vertritt mehr als 30 Millionen Mitglieder und ist damit die größte internationale Gewerkschaftsföderation.

www.gew.de

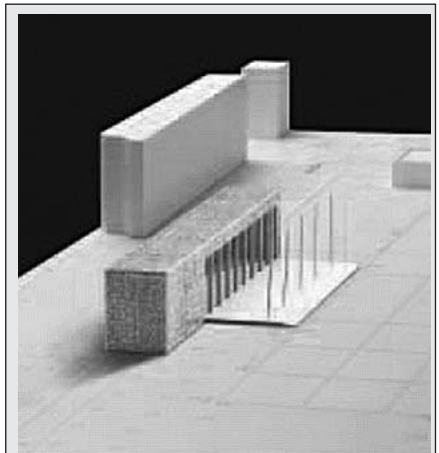
Antifaschistischer Aktionstag am 18. August 2007

HANNOVER. Die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! ruft dazu auf, am 18. August deutlich zu zeigen, dass „wir jeder Form der Verherrlichung des Nationalsozialismus entschieden entgegen treten – egal wann und egal wo!“ In ihrem Aufruf heißt es: „In den letzten beiden Jahren wurde der Hessmarsch aufgrund öffentlichen und antifaschistischen Drucks verboten. Die versuchten Ersatzveranstaltungen fielen jedoch in ihrer Bedeutung weit hinter die Hessmärsche in Wunsiedel zurück. Die bisherigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Hessmarsch waren Eilentscheidungen. Die Verfassungsmäßigkeit des erweiterten Volksverhetzungsparagrafen, auf den sich die Verbote stützen, wurde nicht geprüft. Eine solche Überprüfung kann nur im Rahmen der laufenden Klage des Anmelders Jürgen Rieger erfolgen. Diese Klage ist vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abgelehnt worden, eine abschließende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Hauptsacheverfahren ist nicht absehbar. Auch dieses Jahr wird es also wieder zu einer Eilentscheidung kommen. Deren Ausgang ist erneut ungewiss.

Klar ist aber, dass das Verfassungsgericht das Verbot nicht jedes Jahr bestätigen und die Nazis auf die Anmeldungen für die nächsten Jahre verweisen kann.

Die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen! hat sich im Jahr 2004 gegründet, um das neonazistische Gedenken in Wunsiedel nicht unwidersprochen hinzunehmen. Und wir werden uns den Nazis auch in diesem Jahr entgegenstellen. Sollte der Hessmarsch in diesem Jahr in Wunsiedel erlaubt werden, werden wir da sein und zeigen, was wir von diesem Totentanz halten: rein gar nichts! Sollte der Hessmarsch nicht in Wunsiedel stattfinden, werden wir unseren Antifaschistischen Aktionstag an einem anderen Ort durchführen.“

www.nadir.org/nadir/kampagnen/ns-verherrlichung-stoppen/aufruf07.html



Soldaten lehnen ein Denkmal im Benderblock ab! MAGDEBURG. Die im Arbeitskreises DARMSTÄDTER SIGNAL (Ak DS) zusammengeschlossenen aktiven und ehemaligen Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr haben sich mit dem von Verteidigungsminister Jung geplanten „Ehrenmal“ für Soldaten intensiv auseinandergesetzt. Sie erklären: „1. Die Planungen und Vorstellungen des Bundesministers der Verteidigung, Franz Josef Jung, für ein ‚Ehrenmal‘ im Dienst getöteter Soldaten, bereiten uns Unbehagen. Wir verstehen, dass ein Ort gesellschaftlicher Trauer hilfreich sein könnte – weniger für die Angehörigen, die mehrheitlich eine öffentliche Namensnennung ablehnen – als mehr für die Verantwortungsträger unseres Staates, deren Innehalten und Nachdenken vor Entscheidungen zur Ausweitung des Militäreinsatzes wir als Soldaten ausdrücklich wünschen.

2. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Das Parlament sollte ständig an seine Verantwortung erinnert werden. Diese Verantwortung ist nicht an das Verteidigungsministerium delegierbar. Ein Denkmal im Benderblock lehnen wir deshalb ab. 3. Wir haben die Sorge, dass die Opfer verfassungsrechtlich umstrittener Auslandseinsätze in falscher Weise nachträglich als begründet angesehen werden könnten.

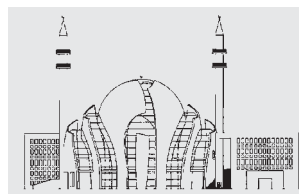
4. Um Missbrauch und Fehlinterventionen zu verhindern, muss die Diskussion um ein Denkmal nicht nur im Parlament, sondern jetzt endlich auch in der Öffentlichkeit angeregt und geführt werden.

5. Wir halten es für falsch, dass der Bundestag nicht an einer Entscheidung über die Denkmalgestaltung beteiligt war.

6. Der Kreis der zu ‚Ehrenden‘ sollte erweitert werden auf Polizisten und Entwicklungshelfer, die bei Auslandseinsätzen getötet wurden, sie stehen besonders für Frieden, Freiheit und weltweite Gerechtigkeit.“

www.darmstaedter-signal.de

Um den Moscheebau in Köln entwickelt sich ein heftiger Kampf um die öffentliche Meinung. Nachdem auf der bundespolitischen Bühne inzwischen sowohl die evangelische wie auch die katholische Kirche eine Vorrangstellung des christlichen Bekenntnisses gegenüber dem Islam einfordern, wird es noch wichtiger, ein Zeichen zu setzen. Wir dokumentierten einen Bericht von der weitgehend gescheiterten rechtsextremen Aktion und den Gegenaktionen am 16. Juni in Köln-Ehrenfeld. Ferner dokumentieren wir zur Meinungsbildung der Fraktion der Linken Köln einen Kommentar von Jörg Detjen und eine Stellungnahme von Özlem Demirel



Der Aufmarsch der Rechten:

Trotz internationaler Unterstützung: Pro Köln bot ein schwaches Bild

Pro Köln hat offenbar wenig Glück: Knapp drei Wochen nach dem politischen Debakel der Bürgeranhörung über den Neubau der Moschee war auch der von ihr organisierte Schweigemarsch durch Ehrenfeld, trotz teilweise prominenter Unterstützung aus Belgien und Österreich für die Rechten kein Erfolg. Nur zwischen 150 und 200 Teilnehmer(innen), wenige davon aus Ehrenfeld, zogen am Vormittag des 16. Juni über die Vogelsanger Straße.

Augenzeugen berichten, ein Teil der Teilnehmer(innen) stammte aus den Reihen der NPD. Anziehungskraft übte der Aufruf der Kölner „Bürgerbewegung“ offenbar auch auf das militante Spektrum aus: Nach Polizeiangaben fast 200 „autonome Nationalisten“ aus dem Ruhrgebiet waren der Einladung von Manfred Rouhs & Co. gefolgt. Unbeachtet ließen sie allerdings die Bitte der Organisator(innen), doch möglichst in ziviler Aufmachung zu erscheinen, da es sich um eine Demonstration einer Bürgerinitiative handele.

Einheitlich schwarz verkleidet pöbelten sie bereits bei der Ankunft antisemitisch herum – ihr Aufmarsch wurde deshalb sofort von der Polizei aufgelöst; die Nazis erhielten Platzverweise. Das hinderte sie nicht daran, randalierend in Richtung Innenstadt zu ziehen, was eine ganze Reihe Festnahmen zur Folge hatte. Pro Köln wurde die eigens herbeigerufenen Geister nicht los und dürfte sich für diesen Bärenienst bedanken.

Besser klappte die Mobilisierung bei den demokratischen Kräften, die rechter Hetze entgegen treten wollten

Zwar löste sich die Demonstration antifaschistischer Gruppen, die unter dem Motto „Den rassistischen Konsens durchbrechen – Wegsehen war schon immer Scheiße!“ vom Hans-Böckler-Platz losgezogen war und der sich die Teilnehmer(innen) einer Kundgebung von Schülern und Studenten angeschlossen hatten, bereits nach kurzer Zeit wegen der polizeilichen Restriktionen auf, aber es gelang einigen Antifaschist-(inn)en trotz aller Polizeisperren dennoch, an den Demonstrationsweg von Pro Köln zu gelangen und ihren Misstrauen deutlich zu artikulieren.

Auch das Zusammentreffen von Lebensmitteln wie Tomaten und Mehl mit einigen der Rechten konnte von der

überreich vertretenen Polizei, u.a. war ein Hubschrauber im Dauereinsatz, nicht verhindert werden. Nach Presseangaben erreichten nur wenige Rassist(inn)en den Ort ihrer Abschlusskundgebung an der Herbrandtstraße.

Auf dem Neptunplatz, auf dem eine von Bezirksbürgermeister Josef Wirges und DGB-Chef Wolfgang Uellenberg-van-Dawen initiierte Kundgebung stattfand, zu der ein breites Bündnis aufgerufen hatte, versammelten sich ab 11 Uhr ca. 600 Teilnehmer(innen), um ihren Protest gegen Rassismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Nachdem sie einen wahren Redemarathon, nur aufgelockert durch Musik von den Magic Street Voices und türkische Volkstänze, sowie einen heftigen Regenschauer über sich ergehen lassen hatten, demonstrierten sie zu einer Abschlusskundgebung am Mahnmahl an der Bartholomäus-Schink-Straße, wo u.a. der ehemalige Edelweißpirat Jean Jülich sprach.

Kuriosität am Rande: Der Kölner Autor Ralph Giordano, der mit seinen massiven, einen Kulturkampf provozierenden Auftritten gegen den geplanten Neubau der Moschee und die in Deutschland lebenden gläubigen Muslime nicht wenig Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten geleitet hatte, beschwerte sich, dass diese seine Worte „Es gibt kein Grundrecht auf den Bau einer Großmoschee“ als Fronttransparent mit sich führten. Ist ihm denn nicht be-

wusst, dass es in einer solchen Frage keine unschuldigen Stellungnahmen geben kann?

Wer sich in der konkreten Situation gegen den Neubau des muslimischen Gotteshauses ausspricht, noch dazu mit platt antiislamischen „Argumenten“, die die Grenze der Beleidigung weit überschreiten, darf sich nicht wundern, wenn seine Worte von Rouhs und Konsorten benutzt werden.

Ähnlich naiv, wenn man denn an Naivität glauben will, war nur noch Frau Angelika Over, eine Dame aus Nippes, über die der Kölner Stadt-Anzeiger in seiner Montagsausgabe berichtete: Sie wollte zwar gegen den Moscheebau demonstrieren und wurde daraufhin von Demonstranten als Nazi beschimpft, konnte sich das aber beim besten Willen nicht erklären. Mit pro Köln wolle sie schließlich nichts zu tun haben – nur mit den rechten Ausländerfeinden gemeinsam demonstrieren.

Alles in allem kann man nach den Aktionen am 16. Juni in Ehrenfeld den Schluss ziehen, dass es sich immer noch lohnt, gegen rechte Aufmärsche die Öffentlichkeit mobil zu machen.

In Zukunft sollte allerdings von allen Beteiligten darauf geachtet werden, die vorhandenen Gemeinsamkeiten in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen. Sich gegeneinander abzugrenzen nutzt in einer Situation, in der es gilt zusammen zu stehen, nur dem gemeinsamen Gegner.

tri

Aus: Lokalberichte Köln Nr. 13-2007



Links: Die antifaschistische Mobilisierung. Rechts: Der Kölner Autor Ralph Giordano kann sich der Benutzung durch die Proagenda der Faschisten trotz lebhafter Bemühungen nicht entziehen.

Rede von Jörg Detjen auf der Kundgebung

Vor wenigen Tagen jährte sich zum dritten Mal der Tag, an dem eine Nagelbombe in der Keupstraße in Köln-Mülheim explodierte. Nur durch Zufall gab es keine Toten, dafür großen Sachschaden, traumatisierte türkische Kölnerinnen und Kölner und Verunsicherung und Angst bei vielen Menschen. Spontan halfen viele Kölner. Allen war klar, das kann jeden von uns treffen. Ich hatte den Eindruck, die Menschen waren sich näher gekommen, hatten mehr Verständnis für den anderen entwickelt.

Drei Jahre später sieht Köln anders aus: Statt Verständnis sind auf einmal Minarette angeblich höher und zweifelhafter als Kirchtürme, und Predigten in türkischer Sprache lauter und verdächtiger als in Italienisch, Griechisch oder Deutsch. Das liegt nicht daran, dass DITIB an der Venloer Straße ihr bestehendes Gemeindezentrum durch ein wunderschönes Bauwerk erneuern will, sondern daran, dass nicht nur von Rechts-extremen, sondern auch von bürgerlichen Kräften der Islam als Bedrohung aufgebaut wird. Themen wie Integration, Flüchtlingspolitik und das Bau-recht werden in einen großen Topf geschmissen. Es darf nicht sein, dass diese Diskussion zu einem Kulturkampf ausartet.

Von der CDU werden jetzt absurde Bedingungen für den Bau der Moschee gemacht, die mit dem Baurecht oder gar mit Ordnungsrecht überhaupt nichts zu tun haben. So soll im DITIB-Kulturzentrum „nur Deutsch“ gesprochen werden und das Bauwerk „soll sich optisch ins Stadtbild einfügen“. Diese Bedingungen sind undemokratisch, sittenwidrig, schüren Vorurteile und sollen das ganze Projekt zerreden!

„Gleiche Rechte für alle“ ist eine alte Forderung der französischen Revolution und der deutschen Linken, die immer noch hoch aktuell ist. Auch wenn es die Linke nicht so mit der Religion hat, – obwohl der ein oder andere von uns schon mal missionarisch auftritt – ist die Freizügigkeit der Menschen für uns unverzichtbar, und dazu gehört auch die freie Religionsausübung. Deshalb setzen wir uns für den Bau der Moschee ein.

Eine moderne Zivilgesellschaft braucht die Bekenntnisfreiheit, die alle Glaubensrichtungen umfasst. Wir müssen uns befreien von Diskriminierung, Vorherrschaft und Intoleranz. Lassen Sie uns für eine aufgeschlossene, aufgeklärte, offene und solidarische Gesellschaft engagieren.

Kämpfen wir gemeinsam gegen jede Art von Vorurteilen, gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus!

Aus: Platzjabbeck 5/2007, Zeitung der Fraktion Die Linke.Köln, erscheint auch als Beilage zu den Lokalberichten Köln Nr. 13

Moscheebau ohne Wenn und Aber

Die Mehrheit der Fraktion Die Linke.Köln unterstützt den Bau der Moschee. Bereits im Kommunalwahlprogramm 2004 hatten wir diesen Schritt angekündigt. Leider gibt es in der Fraktion, aber auch bei einigen linken Kräften und Gruppen in Köln Bedenken, so auch bei Migrantinnenorganisationen. Die Vorbehalte haben oft mit schlechten Erfahrungen mit islamistischen Gruppen in ihrem Heimatländern zu tun.

Unter dem Motto „Religion ist doof“ (Aufruf der Antifa-Gruppen) werden aber auch Vorbehalte entwickelt, die letztlich darauf hinaus laufen, den Grundsatz „Gleiche Rechte für alle“ auszuhebeln.

Letzten Endes geht es um die Frage, ob eine repräsentative Moschee gebaut werden soll oder nicht. Da kann man nicht mit Ausflüchten oder Religionskritik antworten. Jetzt muss man Ja sagen und nicht Jein. Dabei ist der rechtliche Rahmen völlig klar. DITIB hat das Recht, die alte Moschee abzureißen und eine neue zu bauen.

Es gibt eine starke Minderheit in dieser Stadt, die die Moschee nicht haben will und gezielt hintertreibt. Für eine emanzipatorische Politik einzutreten bedeutet hier und heute, diesem Druck nicht nachzugeben und darauf zu bestehen, dass alle Religionsgemeinschaften die gleichen Rechte erhalten. Es gibt große und repräsentative christliche Kirchen und eine repräsentative Synagoge in Köln. Warum soll es nicht auch repräsentative Moscheen in Köln geben? Denn das scheinen viele Muslime zu wünschen.

Oberbürgermeister Schramma strickt schon an einem neuen Konzept „Rechts und Links“ würden sich an der Moscheefrage gegenseitig hochschaukeln, auf Kosten der Ehrenfelder. Diese Gleichsetzung ist eine Unverschämtheit! Die Demonstranten gegen den Nazi-Aufmarsch haben die Demokratie in doppelter Hinsicht verteidigt: Gegen Rechts und für eine neue, schöne Moschee in Ehrenfeld. Schramma dagegen steht abseits, und die CDU versucht, mit Auflagen und Bedingungen den Bau der Moschee zu zerreden.

Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender

Moscheebau – eine dritte Alternative ist gefragt

Nach wie vor hetzt die rechte und rassistische Bürgervereinigung Pro Köln gegen den Bau der Moschee und damit zusammenhängend gegen die muslimische Bevölkerung in Köln. Auch nimmt die CDU in diesem Punkt eine eher heuchlerische Position ein. Während sie immer und überall an vorderster Stelle die größte Befürworterin der Kirche ist, stellt sie Forderungen, wie z.B. die „Predigten auf Deutsch“ oder „kleinere Minarette“. Dies ist scheinheilig.

Dennoch ist es falsch, die Moschee als einen großen Beitrag zur Integration darzustellen. Moscheen waren und sind immer noch eines der Zentren, in denen sich Muslime abschotten und isolieren. Deshalb ist die Vorstellung, dass eine möglichst große Moschee den Integrationsprozess vorantreiben wird, absurd! Erst recht, wenn das Bauvorhaben des muslimischen Dachverbandes DITIB über ein Gotteshaus hinausgeht. Die Religionsfreiheit ist ein unantastbares demokratisches Recht. Aber das bedeutet nicht automatisch, dass möglichst große Moscheen unterstützt werden müssen. In Köln gibt es ausreichend Plätze, wo Menschen muslimischen Glaubens ihren Glauben praktizieren können. Die DITIB hat das Recht, auf ihrem Grundstück zu bauen. Aber eine derartige Diskussion über den Bau einer Großmoschee spaltet unsere Stadt jetzt in Moscheebefürworter und -gegner, verstärkt gegenseitige Vorurteile und ist so-

mit dekonstruktiv. Diese Diskussion schafft gesellschaftliche, soziale Probleme und vor allem das Integrationsproblem nicht ab, sondern spaltet die Menschen unserer Stadt in Muslime und Christen. Integration ist das Zusammenkommen und Zusammenfinden von Menschen unabhängig von ihren nationalen, religiösen oder ethnischen Hintergründen. Der gemeinsame Kampf für eine bessere, demokratische, friedliche und soziale Stadt ist entscheidend. Dafür darf man sich nicht in Deutsche und Ausländer, in Muslime und Christen spalten lassen. Stattdessen sollten wir all unsere Kräfte bündeln, um eine soziale Stadt einzufordern und auszuweiten.

Pro Köln argumentiert rassistisch. Wir müssen realistisch sein und erkennen, dass reaktionäre Kräfte egal welcher Art die Integration nicht fördern werden, unabhängig davon, was sie sagen oder behaupten. Sonst wäre die Integration schon längst vollbracht!

Entscheidend für die Integration ist: Auch Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen Zukunftsperspektiven. Erst wenn Menschen mit Migrationshintergrund sich als Teil dieser Gesellschaft verstehen und die Mehrheitsgesellschaft diese als Bürger mit Migrationshintergrund sieht, sollten nicht einmal „Gotteshäuser“ dem Integrationsprozess Steine in den Weg legen können.

Özlem Demirel

Deserteursdenkmal: Aufstellung am 30. August

Stuttgart, Seit fast 10 Jahren setzt sich die Initiative Deserteur-Denkmal dafür ein, dass auch in Stuttgart – wie 2005 schon in Ulm – ein solches Denkmal errichtet wird. Die offizielle Aufstellung und Einweihung des Denkmals wird nun am 30. August 2007 am Stuttgarter Theaterhaus stattfinden.

Zur Finanzierung der Skulptur des Bildhauers Nikolaus Kernbach aus Aulendorf „PROFILSCHNITT, 1996/2001“ läuft seit Sommer 2006 eine Bausteinkampagne.

Das Denkmal soll am Theaterhaus so lange stehen, bis ein städtischer Platz dafür bereitgestellt wird.

„An die Opfer der Kriege – Zivilisten und Soldaten – erinnern Dutzende Denkmale. Doch an diejenigen, die sich dem Krieg entzogen haben bzw. sich heute entziehen, wird gewöhnlich im negativen Sinn gedacht – sie gelten meist als ‚Verräter‘ und ‚Feiglinge‘“, so Roland Blach, Sprecher der Initiative. 50.000 Deserteure sind von der NS-Militärjustiz verfolgt, mehr als 20.000 Todesurteile sind vollstreckt worden; davon allein 37 am Justizgebäude in der Stuttgarter Urbanstrasse. Erst 2002 sind Deserteure durch den Deutschen Bundestag rehabilitiert worden, wofür sich insbesondere der 85-jährige Ludwig Baumann, einer der letzten noch lebenden Wehrmacht-Deserteure intensiv eingesetzt hat.

„Wir werden die Diskussion über einen städtischen Standort und die Bausteinkampagne in den kommenden Monaten intensiv fortsetzen“, kündigt Blach an. Es liegen schon jetzt Patenschaften von ca. 8.000 Euro vor, darunter von OB Boris Palmer (Tübingen), den Landtagsabgeordneten Christine Rudolf und Brigitte Lösch, Tobias Pflüger aus dem Europaparlament, dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Peter Conradi und Klaus-Peter Murawski (Bürgermeister in Stuttgart). [Auch Ulrike Küstler, Stadträtin der LINKEN war eine der ersten Patinnen, d. Red.] Über diese positive Resonanz ist die Initiative sehr erfreut. Es fehlen aber noch 6.500 Euro bzw. 130 Bausteine zu je 50 Euro.

Auch heute gibt es Deserteure und totale Kriegsdienstverweigerer in vielen Ländern. Wegen „Fahnenflucht“ und „Befehlsverweigerung“ werden sie bestraft, zum Teil mit Gefängnis, manche gar mit dem Tod.

Spenden zur Unterstützung des Denkmals sind steuerabzugsfähig PAX AN – Spendenkonto 361349-705 Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70) Euro Stichwort DENKMAL

Initiative für ein Deserteursdenkmal

Buslinien werden privatisiert: FRANKFURT A.M. Der Magistrat lässt sich trotz Warnungen des Revisionsamts von seinem Weg der Privatisierung von Frankfurts Omnibuslinien nicht abbringen. Die Stadtregierung hat beschlossen, die Linienbündel C (die Buslinien im Süden der Stadt) und B (der Busverkehr im Westen) zum Dezember 2008 und 2009 öffentlich auszuschreiben und zu privatisieren. Nur das Bündel E (Nordwesten) soll ohne Wettbewerb an die „In-der-City-Busgesellschaft“ (ICB), eine Tochter der städtischen VGF, vergeben werden. Bedingung seien allerdings weitere Kosteneinsparungen bei der VGF. Da nach Meinung des Magistrats die Bekanntmachung der Ausschreibung für das Bündel C noch im Juli erfolgen müsse, um 2008 den Betrieb einem Privaten übertragen zu können, setzten sich die Magistratsmitglieder von CDU, Grüne und FDP über die Voten von SPD, Linke/WASG, FAG hinweg.

FR online

NPD-Kreisrat wegen Volksverhetzung angeklagt: FRIEDBERG. Die Staatsanwaltschaft Gießen hat den hessischen NPD-Vorsitzenden und Kreistagsabgeordneten Marcel Wöll wegen volksverhetzender Äußerungen während einer Kreistagssitzung im März angeklagt: Im Zuge der Haushaltsdebatte für den Wetteraukreis hatte seine Fraktion beantragt, die Zuschüsse für Klassenfahrten zu ehemaligen Konzentrationslagern zu streichen. Laut Pressemeldungen hatte Wöll diese Fahrten als „Gehirnwäsche für Vorschüler“ und die Gedenkstätte Auschwitz als „Stätte des so genannten nationalsozialistischen Terrors“ bezeichnet. Wöls Entgleisung löste im Kreistag einen Tumult aus. Nach einer Sitzungsunterbrechung gab der Kreisausschuss eine klare Antwort: Spontan wurde der Etat für diese Klassenfahrten verdoppelt. Von bündnisgrüner Seite wurde Strafanzeige gestellt und Medien wie lokale Öffentlichkeit verurteilten Wöls Äußerungen deutlich. Im Gegenzug wurden Vertreter aller Parteien sowie der Kreistagsvorsitzende in anonymen Briefen beschimpft. Vor der jüngsten Kreistagssitzung am 20. Juni sorgte Wöll für einen weiteren Eklat: Er griff auf der Besuchertribüne ein Mitglied des Wetterauer „Bündnisses gegen Rechts“ tätlich an, das mit Genehmigung des Kreistagsvorsitzenden einen Handzettel mit dem Aufruf „Nie wieder Faschismus, NPD verbieten“ verteilte. Der Ältestenrat schloss daraufhin den NPD-Politiker von der Sitzung aus.

www.kommunale-info.de

PDS: Nicht geizen! STUTTGART. Weniger Menschen in der Region sind arbeitslos – das ist eine gute Nachricht. Aber: Wer

schon lange ohne Arbeit ist, findet trotzdem keinen Job, der Aufschwung findet für die Langzeitarbeitslosen nicht statt. Viele sind froh, wenn sie wenigstens vorübergehend in einem „Ein-Euro-Job“ was dazu verdienen können zu dem unzureichenden Arbeitslosengeld II – in Stuttgart zahlte das Job-Center bislang 1,50 Euro als „Mehraufwandsentschädigung“. Nun haben die Gemeinderatsausschüsse auf Vorschlag von Bürgermeister Föll diesen Betrag in der „Probezeit“ von drei Monaten auf 1 Euro abgesenkt. Die Partei die Linke meint: Die Betroffenen empfinden das zu Recht als Abstrafen für eine Situation, die sie nicht ändern können. Die Stadtkasse leidet keine Not, und selbst wenn: Warum wird bei denen gespart, die sowieso nicht genug haben? Die Stadt soll lieber dauerhafte Beschäftigungen einrichten für diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chancen haben. **Amtsblatt Nr. 24/2007**

Fragen bleiben offen: BOCHUM. Im Mai letzten Jahres hatte die Linksfraktion beantragt, dass bei der Stadt ein Übersetzungsdienst für MigrantInnen eingerichtet wird. Damit sollten Sprachbarrieren bei Behördengängen oder Arztbesuchen abgebaut werden. Der Antrag wurde abgelehnt und die Stadt beauftragt, ein Übersetzungsnetzwerk aufzubauen. Nun liegt die Antwort vor. Konkret gibt es noch kein Netzwerk, allerdings hat die Verwaltung einige Vorarbeiten geleistet und das Übersetzungsnetzwerk soll noch in diesem Jahr an den Start gehen. Dabei wird vor allem auf Sprachkompetenzen der städtischen MitarbeiterInnen zurückgegriffen werden. Für die Linksfraktion bleiben einige Fragen offen. So z.B. wie der Zugang der nichtstädtischen Einrichtungen geregelt werden soll und inwieweit eine psychologische Schulung stattfindet. Denn es gibt durchaus Problemfelder, bei denen nicht nur reine Sprachkenntnisse, sondern auch ein sensibler Umgang dringend geboten sind.

www.pds-bochum.de

Emissionskataster: GÖTTINGEN. Die Linke im Kreistag hatte in der vergangenen Kreistagssitzung am 9. Mai beantragt ein Emissionskataster einzurichten. Gesundheitsschädliche und ökologisch bedenkliche Emissionen sollten dadurch ermittelt und für die Bürgerinnen und Bürger transparent gemacht werden. Feinstäube, die durch feste Anlagen oder an bestimmten Orten entstehen, Verunreinigungen durch Überdüngung sowie durch so genannte Pflanzenschutzmittel in Luft, Wasser und Nahrungsmitteln sollten aus Sicht der Linken der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden, nicht zuletzt um Planungen darauf ausrichten

zu können. Zunächst gab es im Kreistag Einwände vor allem hinsichtlich der Finanzierbarkeit eines solchen Kastasters. Im zuständigen Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Planen am 11. Juni legten die Grünen einen Antrag vor, der das Anliegen aufnimmt, jedoch den Landkreis Göttingen aus der Affäre ziehen will, indem die Verantwortung nach Hannover an die Landesregierung verschoben werden soll. Die wird aufgefordert ein flächendeckendes Emissionskataster für Niedersachsen zu erstellen. Letztlich ein Schritt in die richtige Richtung, geht aber hinter den Antrag der Linken zurück.
www.linkspartei-goettingen.de

Gebührenfrei ins Museum: MÜNCHEN. Die Stadträtin der Linken beantragt, dass der gebührenfreie Eintritt an Sonn- und Feiertagen erhalten bleibt (Münchner Stadtmuseum bzw. Museum Villa Stuck) bzw. eingeführt wird (Städtische Galerie im Lenbachhaus und Kunstbau bzw. Jüdisches Museum München). Begründung: Der gebührenfreie Eintritt an Sonn- und Feiertagen ist ein wichtiges Instrument, um z.B. Familien oder Bürger/innen mit wenig Geld die Teilnahme am kulturellen Leben der Stadt zu ermöglichen. Mit der vom Referat vorgesehenen Änderung wird es am Sonntag künftig keinerlei Ermäßigungen mehr geben. Dies ist weit schlechter als die Regelung bei den Museen des Freistaats, bei denen es zwar meist auch keinen gebührenfreien Eintritt mehr gibt, der sich allerdings an Sonn- und Feiertagen mit einem Euro zufrieden gibt.
www.pds-muenchen-Stadtrat.de

Wirkungsanalyse innerstädtischer Einkaufszentren. BERLIN. Noch vor einer Reihe von Jahren galt das Einkaufszentrum auf der grünen Wiese als wohl größte Bedrohung des innerstädtischen Handels. Doch der Trend, solche Objekte vor allem außerhalb der Städte zu errichten, ist gebrochen. Stattdessen siedeln sich immer mehr Shopping-Center in den Innenstädten und Stadtteilzentren an. Kaum ein Monat vergeht, in dem nicht die Eröffnung einer neuen Mall gefeiert wird. Waren es in den 1990er-Jahren vor allem Großstädte wie Leipzig, Köln oder Magdeburg, haben Investoren und Projektentwickler in jüngster Zeit auch Mittelstädte wie Gießen, Wetzlar und Hameln im Blick. Ein Grund zur Freude? Nicht immer! Nimmt man die Eigenschaften der dieser Center unter die Lupe, wird deutlich, dass pauschaler Optimismus nicht angebracht ist: Größe, Mikrostandort, Gestalt, Branchenmix und internes Management der neuen Einrichtungen schaffen nicht selten völlig neue Strukturen, die das bisherige

„System Stadt“ nicht unberührt lassen und zu genauerer Beobachtung Anlass geben. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), Berlin, hat daher ein Forschungsprojekt gestartet, bei dem die Folgen großer innerstädtischer Center umfassend untersucht werden. Die Kernfrage lautet: Welche Wirkungen gehen im Hinblick auf ökonomische und räumlich-funktionale Aspekte von großen neuen Handelsobjekten auf die zentralen Stadträume aus? Um die Frage wissenschaftlich fundiert und praxisnah beantworten zu können, ist eine Wirkungsanalyse erforderlich, die im Projekt als klassische Vorher-Nachher-Untersuchung angelegt ist. Einbezogen werden deutschlandweit insgesamt 16 Städte unterschiedlicher Größe. Erste Ergebnisse werden im Herbst 2007 erwartet.
www.difu.de

Belastungen für Stadtwerke: BERLIN. „Die vom Bundestag für den Emissionshandel beschlossene Auktionierung eines Teils der Zertifikate trifft nicht nur bestehende Anlagen, sondern auch geplante Neuanlagen von Stadtwerken, deren Investitionsbedingungen sich erheblich verschlechtern. Zusätzlich zu den hohen Kapitalkosten entstehen Investoren jetzt auch Kosten für den Kauf von Emissionszertifikaten“, kommentierte Michael Wübbels, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), den Beschluss über das Zuteilungsgesetz für die zweite Periode des Emissionshandels von 2008 bis 2012. Die im VKU organisierten Stadtwerke wollen bis 2012 annähernd 6 Mrd. Euro in den Bau neuer Kraftwerke investieren. In allen Businessplänen war man allerdings von einer kostenlosen Zuteilung der Emissionszertifikate ausgegangen. Für den aus klimapolitischen Gründen notwendigen weiteren Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) setzt das Zuteilungsgesetz nach Auffassung des VKU keine ausreichenden Anreize. Denn beim Ausbau der klimafreundlichen KWK werden die Betreiber vermehrt CO₂-Rechte zukaufen müssen.
www.vku.de

Funktionalreform wird nicht angefasst: POTSDAM. „Trotz immer wieder anderslautender Beteuerungen sind die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU nicht bereit, die seit 2003 anstehende Funktionalreform durchzuführen bzw. wenigstens die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen. Mit der Funktionalreform sollten nach der Gemeindegebietsreform im Jahre 2003 die größer gewordenen Gemeinden des Landes Brandenburg mehr Aufgaben und die notwendigen Finanzmittel übertragen bekommen. Auf diese Weise sollten Ver-

waltungen bürgernäher gestaltet und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Die Kommunen, die kommunalen Spitzenverbände sowie die Linke fordern seit Jahren eine Weiterführung. Nur getan hat sich seitdem nichts mehr. Zugesicherte Berichterstattungen über den aktuellen Stand der seit 2003 daran arbeitenden interministeriellen Projektgruppe werden nicht abgegeben – ohne Begründung. SPD und CDU haben in der Sitzung des Innenausschusses zum wiederholten Male gegen den Willen der Linksfraktion durchgesetzt, dass ein Bericht der Landesregierung zum Thema Funktionalreform von der Tagesordnung genommen wurde. Diese offensichtliche Verweigerungshaltung und die Ignoranz gegenüber den Forderungen der Kommunen sind nicht länger hinzunehmen.“
www.dielinke-fraktion.brandenburg.de

Klageankündigung der Kommunen: ERFURT. „Wenn die Kommunen mit einer Verfassungsklage gegen das Vorhaben der Landesregierung, die kommunalen Finanzzuweisungen zu kürzen, vorgehen wollen, bestätigt dies das Unvermögen der CDU-Landesregierung, mit den Kommunen vernünftige Verhandlungen zu führen“, so der Vorsitzende der Landtagsfraktion die Linke Dieter Hausold. Trotz mehrfacher Lösungsversuche seien die Verhandlungen zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden zur Neuausrichtung des kommunalen Finanzausgleichs festgefahren. Die CDU-Landesregierung unterstelle den Kommunen unwirtschaftliches Handeln und erkenne 380 Millionen EUR der tatsächlich angefallenen Kosten pro Jahr nicht an. Bei den Investitionsaufwendungen seien nicht der Bedarf ermittelt, sondern einfach die Ist-Ausgaben als Bedarf angesehen worden. „Dabei ist doch unübersehbar, dass die Kommunen in den letzten Jahren auf Grund der knappen Finanzen immer weniger investieren konnten. Der Zwang, die Hebesätze der kommunalen Steuern zu erhöhen, ist ein weiterer Versuch der Landesregierung, die Thüringer Kommunen über den Tisch zu ziehen“, so der Fraktionschef. Insgesamt wolle das Land den Kommunen in den nächsten zwei Jahren mindestens 500 Millionen EUR vorenthalten. „Die Landesregierung und die CDU haben es zu verantworten, wenn die Kommunen den Weg zum Gericht einschlagen, um ihre Rechte einzuklagen.“ Die Landtagsfraktion der Linken hat für die kommunale Klageankündigung Verständnis und hofft, dass die Landesregierung den Ernst der Lage erkennt.
www.pds-fraktion-thueringen.de

Zusammenstellung: ulj

Montage bei Daimler: Rationalisierungen schädigen die Gesundheit

Die hohe Geschwindigkeit der Rationalisierungsschraube in den Montagen, welche die Kolleginnen und Kollegen teilweise geradezu erdrückt, ist keine Neuigkeit. Seit beinahe zwei Jahren müssen wir diese unheilvolle Entwicklung zur Kenntnis nehmen. In unserer Funktion als Betriebsräte versuchen wir mit altbekannten Mitteln die negativen Auswirkungen dieser Rationalisierungen für die Beschäftigten im Zaum zu halten, erträglich zu machen oder gar abzuwehren. Dies ist nicht immer eine Erfolgsgeschichte, oft genug bleibt es bei kleinen Verbesserungen, die auf einem mühsamen und langwierigen Weg erreicht werden.

Blick auf das Ganze

Kann Rationalisierung jedoch isoliert, das heißt, einzig im Sinne von Vereinheitlichung und Straffung der Produktionsfaktoren gesehen werden? Oder gilt es nicht vielmehr den Blick und die Auseinandersetzung auf den Gesamtzusammenhang und die Zukunft der Arbeitsbedingungen in den Montagen zu lenken? Ich gebe zu, auch dies ist keine Neuigkeit.

Vielmehr war die Betrachtungsweise des Gesamtzusammenhangs bis vor wenigen Jahren eine Selbstverständlichkeit, nicht nur auf Seiten des Betriebsrates, sondern auch in den Abteilungsleitungen und der Arbeitswirtschaft. In dieser Zeit war es auch ganz normal, dass in jeder Kostenstelle der Montage, Arbeitsplätze eingerichtet wurden für den notwendigen „Belastungswechsel“ oder für Kolleginnen und Kollegen, die gesundheitlich nicht hundertprozentig fit waren.

Rückenschmerzen nehmen zu

Das hat sich nun grundlegend geändert. Hier eine kleine Auswahl von Beispielen aus der Hedelfinger Getriebemontage: In der Kostenstelle 2122, NAG1 gab es bis letztes Jahr acht Arbeitsplätze, die bewusst nicht bis an die Grenze ausgetaktet waren. Inzwischen gibt es Probleme bei der Rotation. Insbesondere die „Volleinsatzfähigen“ müssen ständig an den schwierigen Arbeitsplätzen arbeiten.

Dieses Problem kennen die Kollegen in der Kostenstelle 2712 (NSG) seit die Anlage steht. Dort gibt es das berüchtigte Bermudadreieck, an dem nur die Kollegen arbeiten können, die topfit sind. Abwechslung gibt es für sie fast nie. Ein weiteres Beispiel ist die Kostenstelle 2232 in NAG2. Gegen alle menschliche Vernunft wurden dort die schwersten Arbeitsplätze weiter verdichtet. Die Zahlen der Arbeitswirtschaft sagen zwar, alles in Ordnung, wen wundert dies. Die Praxis zeigt jedoch, dass inzwischen die gesamte Kostenstelle über Rückenschmerzen und außerordentliche Erschöpfung klagt, verursacht durch das Arbeiten an diesen Plätzen. Diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Entscheidend dabei ist, die Probleme in den Gruppen mit Rotation, Einsatzfähigkeit an allen Arbeitsplätzen und die Zunahme gesundheitlicher Problemfälle nach den Rationalisierungen nimmt stark zu.

Unlösbares Problem

Andererseits diskutiert die Abteilungsleitung mit Werksärztin, Personalbetreuerin und mir einmal im Monat am „Runden Tisch“, wie der Krankenstand gesenkt werden kann und einzelne Beschäftigte besser eingesetzt werden können. Ein unlösbares Problem! Ich kann mir nicht erklären, wie ein Abteilungsleiter den Hirnspagat hinbekommt, einerseits Rationalisierung auf Teufel komm'raus einzufordern und dabei die offensichtliche Zunahme gesundheitlicher Probleme und schwindende Einsatzmöglichkeiten der Beschäftigten in Kauf nimmt.

Letztendlich sehe ich dies aber als die wirkliche Herausforderung der Zukunft. Eine Montage zu gestalten, in der man viele Jahre arbeiten kann ohne krank zu werden. Darüber hinaus geht es um eine neue Personalpolitik, bei der nicht erst ein gesundheitliches Leiden nachgewiesen werden muss, um einen Arbeitsplatz außerhalb der Montage zu bekommen. Dafür sind allerdings kreative Köpfe notwendig und keine betriebswirtschaftlich bornierten!

Roland Schäfer, Betriebsrat

Weniger Konkurse, mehr Privatinsolvenzen. FAZ, 13.6. Die Zahl der Unternehmenskonkurse ist im ersten Halbjahr 2007 weiter gesunken. Wie der Verband der Vereine Creditreform (VVC) mitteilte, entspricht der Rückgang gegenüber dem Vorjahr rund 14 %. In Westdeutschland sinkt die Zahl der Unternehmenskonkurse seit dem Jahr 2005, in Ostdeutschland seit 2003. Dagegen lägen die Verbraucherinsolvenzen um mehr als 18 % (51 600 Betroffene) über dem Stand des Vorjahres. Dazu trügen auch rechtliche Bedingungen bei: seit 1999 können sich Haushalte über ein Insolvenzverfahren von ihren Schulden befreien, was zu einem starken Aufstieg der Insolvenzanträge geführt hat. VVC-Vorstandsmitglied H. Rödl sagte, die Zahl der Privatinsolvenzen sei vergleichsweise noch gering, denn mittlerweile seien rund 3,4 Millionen Haushalte überschuldet. „Viele Menschen haben verlernt, richtig mit Geld umzugehen.“ Er forderte, schon Kinder besser aufzuklären.

Industrie fordert Schrottprämie für Autos. FAZ, Sa. 16.6.07. Angesichts des Nachfrageeinbruchs auf dem deutschen Automobilmarkt fordert die deutsche Automobilindustrie nun die Politik zum Handeln auf. Berlin müsse die Verunsicherung in der Bevölkerung über höhere Lasten für das Auto beenden, sagte der neue Präsident des Verbands der Automobilindustrie (VDA) M. Wissmann. Er plädiert für eine neue Kfz-Steuer, die zum Kauf emissionsarmer Wagen ermutigen soll. Der Vertriebschef von Opel, A. Visser, geht noch einen Schritt weiter: „Eine Verschrottungsprämie wäre jetzt das richtige Signal.“ Die Höhe der Prämie soll der Politik überlassen bleiben. „Aber mit 100 Euro bewegt man gar nichts.“

Verband-Austritte privater Entsorger häufen sich. FAZ, Mi. 20.6.07. Die Entsorgungsbranche ist tarifpolitisch zweigeteilt: unterschiedliche Tarife gelten für kommunale Beschäftigte und für die privaten Unternehmen. Etwa 70 000 der insgesamt 160 000 Müllwerker arbeiten bei privaten Entsorgern. Weniger als die Hälfte sind bei Unternehmen beschäftigt, die dem Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) angehören. Immer mehr Mitgliedsunternehmen treten aus dem Verband aus, weil sie sich durch die von Verdi vereinbarten Tarife überfordert sehen. Um den Erosionsprozess zu stoppen, befürwortet der BDE eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung, dies aber unter der Voraussetzung, dass das Niveau in der laufenden Tarifrunde merklich abgesenkt wird. Der Minimaltarif für unqualifizierte Berufsanfänger liegt derzeit in Westdeutschland bei 7,94 €/Std., in Ostdeutschland bei 7,35 €/Std.

Presseauswertung: rst

KONGRESS DER GEWERKSCHAFTSLINKEN ZUM THEMA STREIK. Stuttgart. Die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken führt am Samstag/Sonntag, 30. Juni/1. Juli 2007 im DGB-Haus Stuttgart ihren 9. bundesweiten Kongress durch, Thema ist „Der Streik“. Aus der Tagesordnung: Historische Bedeutung des Internationalen Sozialistenkongresses 1907; Einfluss der demokratischen Rechte auf die Kampffähigkeit der Gewerkschaften; Politischer Streik in der BRD nach 45; Streikerfahrungen heute am Beispiel des Streiks im Öffentlichen Dienst 2006 und bei Bosch-Siemens-Hausgeräte / Berlin; Erfolgreiche Streiks in Frankreich und anderen europäischen Ländern; Rosa Luxemburg: Massenstreiks, Partei und Gewerkschaften; Politik der SPD von 1914 bis heute ... www.labournet.de

Auf den Gründungsparteitag der Linken reagierte Westerwelle (FDP) mit der Kampfansage: „**Freiheit statt Sozialismus**“. Dass das Verhältnis von Freiheit und Sozialismus, von Freiheit und Gerechtigkeit in der neuen Partei keineswegs geklärt, sondern eher heftig umstritten ist, macht eine kleine Wortverschiebung durch Lafontaines deutlich. Gysi nämlich antwortete auf Westerwelle mit der Losung: „**Freiheit und Sozialismus**“, Lafontaine griff dies scheinbar auf: „Jawohl, es heißt nicht Freiheit statt Sozialismus, es heißt Freiheit und Sozialismus, besser noch: **Freiheit durch Sozialismus**! Das ist die Formel, hinter der wir uns versammeln!“

Im Berliner Abgeordnetenhaus fand auf Antrag der FDP eine Debatte zum von der Linken angestrebten Systemwechsel statt. Wir dokumentieren auszugsweise die Rede des Berliner Landesvorsitzenden der Linken Klaus Lederer.

(...) Zu Ihrem Thema will ich fünf Anmerkungen machen.

Erstens: Gesellschaftliche Veränderung spielt sich permanent ab. Sie wird von vielen verschiedenen Kräften ständig konflikthaft vorangetrieben. Die FDP zum Beispiel stellt ständig die Systemfrage. (...) Das FDP-Präsidium beschwört per Beschluss vom 26. August 2005 den Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung – und spricht von einem „Systemwechsel“. Auf den Hochschulpakt wollen die hessische FDP gar einen „kompletten Systemwechsel“ folgen lassen – hin zu Bildungsgutscheinen. Und wieder die hessischen Liberalen: „Rundfunkgebühren müssen alle zahlen – FDP fordert Systemwechsel.“ Und gleich wieder: „Privat geht vor Staat. Wir Liberale wollen den Systemwechsel.“ Zu den jüngsten Ärzteprotesten sekundiert FDP-Chef Westerwelle mit der Forderung nach mehr Wettbewerb – und mahnt was an? – Richtig. Einen „Systemwechsel“. Was schließen wir daraus? Muss man Liberalen Berufsverbot erteilen? Sie vom Verfassungsschutz beobachten lassen?

Zweitens: Da die einzelnen Teilsysteme der Gesellschaft sich permanent umwälzen und verändern, befindet sich auch das Gesamtsystem ständig in Bewegung. Wer wollte behaupten, dass Deutschland und Europa heute noch so wären wie vor 50 Jahren?

Die Transformation vom nationalstaatlichen fordistischen Industriesektor, strikter staatlicher Regulierung, klassischer Kleinfamilie und autoritärem innenpolitischen Etatismus hin zur ausdifferenzierten Gesellschaft mit Vielfalt der Lebensweisen, aber auch globalisierter Marktökonomie und zunehmender sozialer Desintegration – wenn das kein Systemwechsel war, was ist dann ein Systemwechsel?

Drittens: An diesem Wechsel haben

Liberalen mitgewirkt, zum Teil vorbildlich in Sachen Bürgerrechte. Baum, Hirsch, Hamm-Brücher, Verheugen, Flach sind Namen, die sich damit verbinden. Es gab eine Zeit, da beteiligte sich die FDP an gesellschaftlicher Bewegung, die unter der Überschrift „Mehr Demokratie wagen!“ stand.

Lesen Sie mal die Freiburger Thesen der FDP von 1972. Erinnern Sie sich an die Beteiligung der FDP an der Anti-Strauß-Kampagne. Strauß führte seinen Wahlkampf bekanntlich unter dem Titel „Freiheit statt Sozialismus“. (...)

Viertens: (...) Das Grundgesetz geht von einer grundsätzlich offenen Gesellschaftsentwicklung aus.

Der moderne Staat wird durch die Gewährleistung des Rechts legitimiert. Recht ist aber an Bedingungen gebunden – auch die Wahrnehmung von Rechten übrigens. Auch hält der Staat die Grenzen, die ihm durch legitime Herrschaft gezogen ist, nicht immer ein.

Er kann Ordnungen erzeugen oder schützen, die als ungerecht empfunden werden, er kann auch Menschen ent-rechten, ihnen den Status von Bürgern nehmen etc. Gesetzlichkeit und gerechtes Recht sind zu unterscheiden. Auch materielle und (bloß) formelle Rechtsstaatlichkeit sind zu unterscheiden.

Der Streit über diese Frage ist in unserem Land erlaubt. Das Bundesverfassungsgericht spricht von der für eine Demokratie „schlechthin konstituierenden“ Funktion der Kommunikationsgrundrechte. Die Geschichte der Bundesrepublik war ja von Auseinandersetzungen um diese Fragen durchzogen: Spiegel-Affäre, Notstandsgesetzgebung, polizeiliche Willkür gegen Protestbewegungen – all das sind Stichworte.

Heut könnte man als Beispiele auf-führen: soziale Deklassierung und Ausgrenzung durch zunehmende Privatfinanzierung der Sozialsysteme und Privatisierung öffentlicher Gewalt, globale Entsolidarisierung durch Bildung der Festung Europa, Verschärfung der sog. präventiven Sicherheitspolitik wie Tornadoeinsätze zur Demonstrationsbeobachtung.

Das Grundgesetz, meine Damen und Herren, fordert die „geistige Auseinandersetzung“ in der Gesellschaft als grundsätzlich staatsfreien Prozess. Das Grundgesetz setzt den Pluralismus in der Gesellschaft voraus, es kann ihn nicht selbst gewährleisten. Denn der Staat ist im Verhältnis zur Gesellschaft gleichzeitig Gewährleistungsin-stanz und Beteiligter. Er handelt also nie objektiv, er entwickelt auch ein „Staatsinteresse“. Die gesellschaftliche Autonomie ist deshalb auch in der formellen Demokratie tendenziell gefährdet. Hier sieht die Linke für sich eine wichtige Rolle beim Schutz der Bürgerrechte.

Aber auch die Gesellschaft selbst ist nicht frei von demokratiegefährdenden

Macht- und Herrschaftsstrukturen. Schon Kant wusste, dass Abhängige nicht politisch autonom handeln. Der Liberale Rawls meinte, gleiche Rechte hätten nur Sinn, wenn sie auch für alle gleichen Wert hätten.

Lange Rede, kurzer Sinn: Indem die liberale Idee der Staatsbeschränkung sich als demokratische Idee der Mitbestimmung im politischen Willensbildungsprozess ausdrückt, müssen die Bürger des Gemeinwesens hierzu auch materiell in die Lage versetzt werden. Das ist der Kern der Sozialstaatsforderung. Hier setzt die Debatte nach der ökonomischen Verfassung der Gesellschaft an. Hier stellt sich die Frage nach den sozialen Teilhaberechten, die Sie, liebe Freidemokraten, in ihrem Markttotalitarismus gern erodieren sehen möchten.

Fünftens und Letztens: Ja, die Linke will einen Systemwechsel, sie stellt die Systemfrage. Hin zur Demokratisierung der Gesellschaft, die die soziale Frage einschließt. Die Bildung, Verwaltung und auch die Setzung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einschließt. Die den sozialen Zusammenhalt im umfassenden Sinne als unabdingbare materielle Voraussetzung von Demokratie begreift. Deshalb geht es auch um die Würde und Emanzipation der Nichtprivilegierten, die bei manchen nur noch als – gedanklich schon aus der Gesellschaft expedierte – Unterschicht existieren. Auf deren Teilhabe man auch verzichten könne.

Und selbst, wenn wir nicht auf alle gesellschaftlichen Probleme eine Antwort haben – wir lassen uns von Ihnen das Nachdenken darüber nicht verbieten.

Ja, wir verteidigen die freiheitliche Ordnung des Grundgesetzes. Nicht zuerst durch Repression, Überwachung und Tornados. Sondern indem wir am normativen Gehalt des Artikels 20 des Grundgesetzes festhalten: an der Idee materieller Demokratie.

Herr Lindner möchte offenbar eine Kommission initiieren, die einen Katalog erlaubter und verbotener Formulierungen für politische Reden und Parteiprogramme erarbeitet. Herr Lindner, ich gestehe Ihnen ja zu, dass Sie und Ihr Laden in den vergangenen 20 Jahren stramm nach rechts marschiert sind. Aber das rechtfertigt nicht diese unfassbare Verdächtigung selbst von Teilen Ihres eigenen Erbes.

Die Verfassung ist nicht zu privatisieren. Nicht durch Sie und durch niemand anderen. Sie gehört nicht den 7%, die Sie hier vertreten. Und sie lässt es nicht zu, ihren Inhalt auf die politischen Vorstellungen der FDP reduzieren. Das Staats- und Gesellschaftsverständnis auf dem Konvent in Herrenchiemsee war dem Ihren um einige Längen voraus, meine Damen und Herren zu meiner Rechten. (...)

Endlich eine Ausstellung, die der guten Nachbarschaft dienen kann

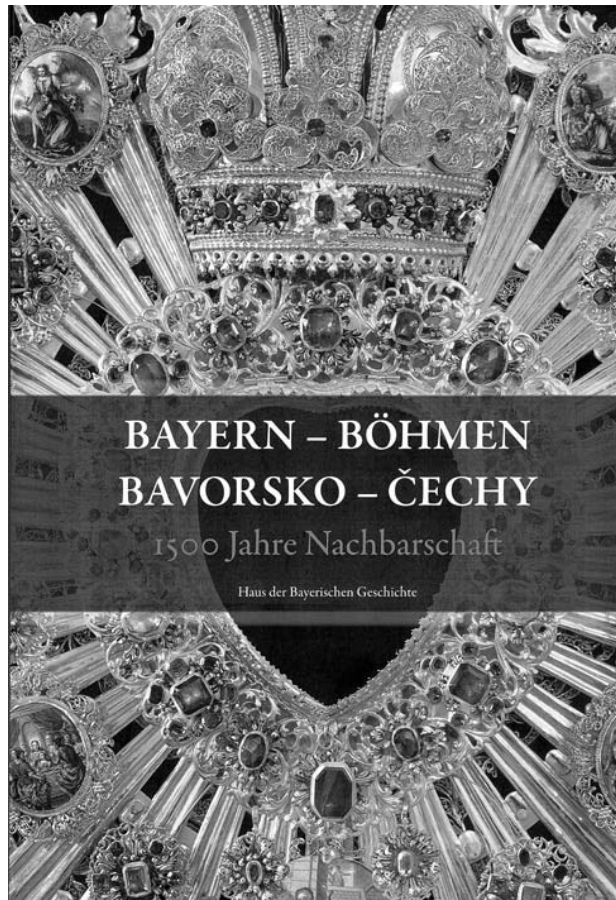
Renate Hennecke

Von der „Glasstadt“ Zwiesel im Bayerischen Wald sind es nur wenige Kilometer bis zur tschechischen Grenze. Hier wurde am 25. Mai die Bayerische Landesausstellung 2007 mit dem Titel „Bayern und Böhmen – 1500 Jahre Nachbarschaft“ eröffnet. Sie steht unter der gemeinsamen Schirmherrschaft des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und des tschechischen Kulturministers Václav Jehlička.

Die Ausstellung wurde unter dem Dach des Hauses der Bayerischen Geschichte von deutschen und tschechischen Historikern erarbeitet; die 400 zum Teil sehr kostbaren Exponate kommen zum erheblichen Teil von tschechischen Leihgebern. Die fast dreiseitige Liste derjenigen, denen die Ausstellungsmacher für Rat und Hilfe danken, besteht aus einem breiten Spektrum unterschiedlichster Persönlichkeiten aus beiden Ländern, darunter bekannte Antifaschisten wie Vojtěch Blodig (Gedenkstätte Theresienstadt), David Stecher (Tschechisches Zentrum München), Max Mannheimer (Internationales Dachau-Komitee) oder Martin Löwenberg (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten).

Eine Gesamtdarstellung der beiderseitigen Geschichte ist mit der Ausstellung nicht beabsichtigt, der Schwerpunkt wurde auf ausgewählte Berührungspunkte gelegt. „Es geht darum, zu erkennen, dass räumliche Nähe und weiche, durchlässige Grenzen, wie sie bis zum 20. Jahrhundert zwischen Bayern und Böhmen vorherrschend waren, gegenseitige Beeinflussungen und Befruchtungen mit sich brachten, die allen Menschen genutzt haben“, schreibt der bisherige Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, Prof. Dr. Claus Grimm, in der Einführung zu dem inhaltlich wie gestalterisch hervorragenden Katalog der Ausstellung. Als Beispiel für eine „geglückte bayerisch-böhmische Symbiose“ in der Vergangenheit nennt er den berühmten Baumeister Peter Parler (um 1330–1399) aus Schwäbisch-Gmünd, ohne den weder die Karlsbrücke noch

der Altstädter Brückenturm noch der Veitsdom in Prag so aussähen, wie wir sie kennen: „Prag wirkte auf ihn und seine Kunst als Katalysator, der erst jene künstlerischen Formen ermöglichte, die Böhmen und Bayern gleichermaßen bereichern. Wie wenig hat davon wohl der sudetendeutsche Dichter Hans Watzlik in seinem Roman ‚O Böhmen!‘ (1917)



verstanden, als er den für ihn nur deutschen Parler wieder aus Prag nach Bayern heimholen und einseitig national vereinnahmen wollte.“ (S. 22)

Die Befürchtung, dass die gute Absicht und der lange behandelte Zeitraum (1500 Jahre!) zu einer Bagatellisierung der jüngeren Vergangenheit nach dem Motto „Insgesamt betrachtet, fallen die paar Jahre im 20. Jahrhundert ja doch nicht so ins Gewicht“ führen könnte, erweist sich bei einem Rundgang durch die Ausstellung als unbegründet. Ganz im Gegenteil: Die Ausstellungsmacher widmen diesem Teil der Geschichte breiten Raum – und behalten auch dabei die beidseitige Perspektive bei. Die Fakten dienen dem Verstehen, nie der Denunziation oder der Untermauerung von Forderungen.

Den Perspektivenwechsel lernen

„Bayern und Böhmen“ ist im Gebäude eines ehemaligen Mädcheninternats untergebracht, das die Stadt Zwiesel extra für diesen Zweck hat renovieren und herrichten lassen. Den drei Stockwerken mit insgesamt 1500 Quadratmetern Ausstellungsfläche entspricht eine zeitliche Aufteilung: Das Mittelalter im Erdgeschoss, das 16. bis 19. Jahrhundert im ersten, das 20. Jahrhundert im zweiten Stock. Vorangestellt ist ein Eingangsbereich, der dem Besucher vor Augen führt, wie sich die Grenze zwischen Bayern und Böhmen im Laufe der Zeit verändert hat. Veranschaulicht wird dies durch Grenzzeichen aus verschiedenen Zeiten und durch die Menschen, die die Grenze regelmäßig überquerten: Händler, Schmuggler, Arbeiter, die auf der einen Seite wohnten, auf der anderen arbeiteten. „Die frühen Marchbäume mit Einritzungen im Holz“, so der Kommentar, „werden durch die dauerhaftere Grenzen signalisierenden Grenzsteine abgelöst. Schließlich markiert auf dem Weg vom Holz über den Stein das Eisen einen traurigen Höhepunkt der Abgrenzung: In der Wirklichkeit sind es eiserne Drahtkonstruktionen, sprachlich und politisch ist es der ‚Eiserne Vorhang‘.“ Eine Einführung, die bewusst macht, dass die Öffnung der Grenze auch eine (Wieder-)Öffnung der Köpfe nach sich ziehen muss. Die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel als Voraussetzung

für das Wachsen gutnachbarlicher Beziehungen muss (wieder) erlernt werden.

Begegnungen im Mittelalter

Die Abteilung „Begegnungen im Mittelalter“ beginnt mit überraschenden Informationen über gemeinsame Siedlungsräume von Bayern, Franken und Slawen vom 5./6. bis zum 10. Jahrhundert. Archäologische Funde wie Tongefäße und Grabbeigaben belegen einen intensiven kulturellen Austausch und eine breite Zone mit Durchdringung slawischer und germanischer Kultur in Nordostbayern.

Weitere Begegnungen spielten sich im Zuge der Christianisierung ab: Dem Heiligen Wenzel, Schutzpatron Böhmens, steht der Heilige Wolfgang ge-

Große Zukunft?

Die Ausgestaltung des Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen bleiben umstritten. Während in der Breite der öffentlichen Meinung der tschechische Staat umstandslos anerkannt wird, bestehen im Bereich der Staatskünste immer noch Vorbehalte. Während der zivile, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verkehr zwischen den benachbarten Gesellschaften einer Kultur der Verständigung den Boden bereitet, ist die alte, deutschtümliche Anmaßung gegenüber Tschechien keineswegs gänzlich dahin. Sie wird mit Unterstützung namentlich der bayerischen Politik tradiert. Die Fortdauer dieser Unterstützung zu dokumentieren war wohl auch der Hauptzweck der Ausstellung, die unter dem Titel „Die Sudetendeutschen – Eine Volksgruppe in Europa“ vom 9. bis zum 25. Mai im Gebäude des bayerischen Landtags gezeigt wurde. Die immerhin 105 Tafeln der Ausstellung sind gleichförmig als Katalogseiten gestaltet. Inhaltlich handelt es sich um eine politische Programmschrift der Sudetendeutschen Landsmannschaft, in der tausend Jahre Geschichte auf die Verbandspolitik der SL hinführen. Deren vier Ziele sind auf Tafel 104 fixiert.

„(...) 1. Die Feststellung, dass die Vertreibung als Ganze ein schweres Unrecht war (...) 2. Die Gewährung des Rechts auf die Heimat. (...) 3. Die Aufhebung der einschlägigen Benesch-Dekrete (...) 4. Der direkte Dialog der frei gewählten Vertreter beider Seiten (...)“

Die Punkte eins bis drei enthalten Forderungen an die Tschechische Republik, die gestellt werden, damit sie nicht erfüllt werden, diese drei Punkte dienen der Delegitimierung der Tschechischen Republik, ihrer Ruf-



schädigung und Schwächung. Im vierten Punkt sagt die Landsmannschaft auch etwas über sich selbst. Ihre Repräsentanten behaupten unzutreffend, aus freien Wahlen hervorgegangen zu sein.

Das Problem der fehlenden Legitimation fühlt auch der Bundesvorsitzende Bernd Posselt. Er führt dazu auf der abschließenden Tafel 105 der Ausstellung (Katalog S. 129, siehe unten) aus, dass die Volksgruppe aus drei Elementen bestehe: im Ausland Lebenden, die ihre Wurzeln suchten und pflegten, Leuten, die in Tschechien „überdauert“ hätten, und solchen, die sich dort wieder niederlassen und bewusst an die Tradition der Sudetendeutschen anknüpften.

Es ist danach klar, dass es das Bekenntnis zur Tradition der Sudetendeutschen ist, durch die Zugehörigkeit zur SL entsteht. Die SL gleicht noch am meisten einer Partei, nur dass sie sich nirgendwo allgemeinen Wahlen stellt. Sie weiß, warum. Der Schlüssel dazu liegt im Untergang der Partei „Gesamtdeutscher Block – Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (GBBHE) nach den Wahlen 1957. Die CSU nahm sich in Bayern der Gescheiterten an. Ihr politischer Anhang ist ein Bestandteil der 50%+x-CSU. Dementsprechend ist die SL parteipol-

itisch durch die CSU eingehegt. Ihre Repräsentanten werden viel eher durch die Partei- und Personalpolitik der CSU-Zentrale bestimmt als etwa durch die „Volksgruppe“.

Hier schließt sich der Kreis. Die Aussagen dieser Ausstellung, die zwei Wochen im Landtag herumhing, müssen als Komponente von CSU-Partei- und Staatspolitik begriffen werden. Die CSU hält sich mit der ideellen und materiellen Förderung der SL-Einrichtungen die Option einer deutschen Außenpolitik offen, die in Nachbarländern auf Minderheiten gestützt operiert.

Da zu erwarten ist, dass die nachbarschaftlichen Beziehungen in der EU vermehrt dazu führen werden, dass sich EU-Bürger hier und dort niederlassen, enthält die Posseltsche Strategie eine richtungsweisende Bedeutung. Soll ein solches soziales und kulturelles Geschehen dazu führen, dass die Staaten ihre hier und da immer wieder einmal divergierenden Interessen durch die Mobilisierung von Minderheiten vorantreiben?

Das wäre eine durch und durch undemokratische Entwicklung. Das Recht auf Freizügigkeit der EU-Bürger kann nur verwirklicht werden, wenn die neu Niedergelassenen sich am Ort ihrer Niederlassung im Rahmen der dort geltenden Gesetze betätigen können.

Deutsche, die in der Tschechischen Republik leben und bei Konflikten ihre Mitmenschen mit dem Wink konfrontieren, es gäbe da draußen, drüben noch einen großen Bruder, könnten die Entwicklung hin zu demokratisch-gleichberechtigt geordneter Nachbarschaft empfindlich stören. Es müssen dazu gar nicht Viele sein, sie brauchen bloß einen mächtigen Schirmherrn. Posselt kann viel erreichen, aber nichts Gutes.

Martin Fochler

Ausstellungskatalog Seite 129:

Zukunft im Herzen Europas

Die Sudetendeutsche Volksgruppe ist geprägt durch eine mehr als tausendjährige, meist glückliche Geschichte der Deutschen in den Böhmisches Ländern, durch das furchtbare Trauma der Vertreibung, aber auch durch Jahrzehnte des friedlichen Neuaufbaus außerhalb der angestammten Heimat. Das zynische Kalkül der Vertreiber, dass die Sudetendeutschen binnen einer Generation von der Bildfläche verschwinden würden, hat sich nicht erfüllt.

Unsere Volksgruppe lebt weiter dank

der überragenden Aufbauleistung und des Durchhaltewillens derer, die noch selbst die Vertreibung erlebt haben, und dank einer jüngeren und mittleren Generation, die entschlossen ist, unsere unvergleichliche Kultur zu erhalten und an ihre Nachkommen weiterzugeben.

Unsere Volksgruppe wird in Zukunft aus drei Elementen bestehen: Aus jenen, die in Deutschland, Österreich und in Drittländern leben, aber ihre Wurzeln suchen und pflegen, aus jenen, die unter schwierigsten Umständen in der Heimat überdauert haben, aber auch aus jenen, die sich dort im Zuge der europäischen Einigung wieder niederlassen und bewusst an unsere Tradition anknüpfen. Diese Elemente

zu integrieren und aus ihnen ein Bindeglied zwischen den Ländern und Völkern im Herzen Europas zu machen, ist die große Zukunftsaufgabe unserer Landsmannschaft.



Bernd Posselt

Mitglied des Europäischen Parlaments und Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft

genüber. Als Regensburger Bischof stimmte er 973 der Umwandlung Böhmens, das bislang zu seinem Bistum gehört hatte, in eine eigenständige Diözese zu.

Auch in der Fürstengeschichte lassen sich Gemeinsamkeiten finden: Man heiratete hin und her, erbt und eroberte sich gegenseitig Land weg, in der Schlacht bei Ampfing 1322 half Johann von Böhmen Ludwig dem Bayern gegen Friedrich von Habsburg.

Das allmähliche Vordringen deutscher (meist bayerischer) Siedler in den Böhmerwald von Westen, gleichzeitig mit böhmischen Siedlern von Osten, wird berichtet, ohne die Deutschen als überlegene Kulturbringer erscheinen lassen. Der Katalog enthält sogar eine ausdrückliche Distanzierung von derartigen Thesen und hebt den Konflikt der traditionellen nationalen Geschichtsschreibung in der europäischen Perspektive auf: „Während die ältere deutsche Forschung die so genannte Ostkolonisation als Großtat des deutschen Volkes feierte, sprach die ältere tschechische Forschung von einer Bedrohung der slawischen Hochkultur. Heute wird betont, dass es sich beim mittelalterlichen Landausbau um ein seit dem 11. Jahrhundert aufgetretenes gesamteuropäisches, langfristiges Phänomen gehandelt hat, das nicht isoliert zu betrachten ist.“ (S. 129)

Ein ausführliches Kapitel widmet sich der Regierungszeit von Kaiser Karl IV., der Prag zu seiner Residenzstadt machte und durch Heirat und Kauf ausgedehnte Territorien in der „oberen Pfalz“ erwarb. Das gewonnene Gebiet („Neuböhmen“) reichte bis vor die Tore Nürnbergs. Damit unterstand die wichtige Fernhandelsstraße zwischen Nürnberg und Prag zumindest zeitweilig vollständig seiner direkten Kontrolle und seinem Schutz.

Außerlich eher unscheinbar in ihrem roten Kartondeckel und doch ein Glanzstück der Ausstellung ist die „Goldene Bulle“, mit der Karl IV. 1356 das Verfahren der römisch-deutschen Königswahl regelte und dem „Heiligen Römischen Reich“ eine Verfassung gab, die bis zu seiner Auflösung 1803 in Kraft blieb. Im Katalog (leider nicht in der Beschriftung des Exponats) wird darauf hingewiesen, dass in der Goldenen Bulle auch das besondere Verhältnis Böhmens zum Reich bestätigt wurde: „Die Länder der Böhmisches Krone (Böhmen, Mähren, Schlesien, die Ober- und Niederlausitz) waren Teil des Heiligen Römischen Reichs, besaßen aber eine Sonderstellung. Der König von Böhmen zählte als Kurfürst zu den sieben zur Wahl des römischen Königs und späteren Kaisers berechtigten Fürsten. Doch das böhmische Territorium war niemals Teil eines der zehn Reichskreise geworden, die die Selbstverwaltungs- und Exekutivorgane des Reichs bildeten.

Viele Verpflichtungen, die andere Länder dem Reich gegenüber zu erfüllen hatten, galten nicht für Böhmen. Weder mussten Steuern entrichtet noch militärische Hilfe geleistet werden, noch waren seine Bewohner an die Beschlüsse des Reichstages gebunden.“ (S. 71) Die Sorgfalt der Formulierung zeigt sich beispielsweise daran, dass das Reich nicht mit dem Zusatz „deutscher Nation“ versehen wird, eine Bezeichnung, die sich erst später einbürgerte und der Vorstellung von Böhmen als „deutschem“ Territorium Vorschub leistet.

„München“ – eine Chiffre mit langer Tradition

Im mittleren Drittel von „Bayern und Böhmen – 1500 Jahre Nachbarschaft“ geht es zuerst um die konfliktreichen Zeiten der Hussitenbewegung und der Gegenreformation, Zeiten also, die diesseits und jenseits der Grenze in sehr gegensätzlichen Geschichtsbildern erinnert werden. Es ist interessant, wie die Ausstellungsmacher damit umgehen. Man erfährt, dass die Lehre des Jan Hus auch in Bayern, vor allem in Franken, Anhänger fand, und dass der deutsche Reformator Martin Luther – ein Gemälde zeigt ihn mit einem Schwan, einem gebräuchlichen Symbol für Hus (husa = tschechisch: Gans) – sich positiv auf seinen tschechischen Vorgänger bezog: „Wir sind alle Hussiten, ohne es zu wissen.“ Dadurch wird klar, dass es sich nicht um einen ethnischen, sondern um einen gesellschaftlichen Konflikt handelte, der von Böhmen ausgehend ganz Europa erfasste. Informationen über den Verlauf der kriegerischen Auseinandersetzungen, die sich zum Teil auf bayerischem Boden abspielten, machen klar, warum „insgesamt betrachtet“, trotzdem „mit der Hussitenzeit in Böhmen und Bayern unterschiedliche Erinnerungen und Einschätzungen verknüpft (sind). Während in Böhmen Jan Hus als Symbolfigur der tschechischen Geschichte gilt, sind in Bayern eher die Schrecken der Hussitenkriege präsent.“

Doch findet sich auch wieder eine Gemeinsamkeit: Bayern wie Böhmen werfen einen bewundernden Blick auf den Erfindungsreichtum der Hussiten bei der Herstellung einfacher, aber sehr wirksamer Waffen und auf ihre intelligente Kriegstaktik, durch die es ihnen mehrfach gelang, die zahlenmäßig weit überlegenen katholischen Kreuzfahrerheere zu besiegen. „Die Kriegskunst der Hussiten war ein Grund, dass böhmische Söldner bis zum frühen 16. Jahrhundert auch in Bayern überaus geschätzt waren.“

Dagegen geht ein ähnlicher Versuch, dem Konflikt doch noch eine Gemeinsamkeit abzugewinnen, bei der Darstellung der bayerisch-böhmischen Konfrontation zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges daneben. Die verlorene Schlacht am Weißen Berge am 8. No-

vember 1620 war eine der beiden großen Katastrophen in der Geschichte der Tschechen. Böhmen verlor damals seine staatliche Eigenständigkeit, es wurde Teil des Habsburgerreiches und künftig von Wien aus regiert. Die gewaltsame Rekatholisierung und die Vertreibung derjenigen, die an ihrem protestantischen Glauben festhielten, warfen das Land in seiner gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung weit zurück und begünstigten die Herausbildung einer privilegierten Stellung für die Deutschböhmen. Die Schärfe dieser Situation – und damit die verhängnisvolle Rolle des bayerischen Herzogs Maximilian, der die katholischen Truppen gegen Böhmen losschickte und sich für den Sieg mit der pfälzischen Kurwürde belohnen ließ – können die ausgestellten Exponate nicht vermitteln: Ein Gemälde von der Krönung des „Winterkönigs“ Friedrich V. von der Pfalz im Prager Veitsdom, ein Gemälde von der Schlacht am Weißen Berge, ein Ornat aus kostbarem Brokat, den Maximilian als Beute nach Hause brachte, ein Kupferstich, auf dem Böhmen als blühende Rose (!) aus Wien herauswächst, und ein Porträt Maximilians – dann erfährt man nur noch etwas über die allseitige Marienverehrung, die doch auf Seiten der Besiegten erzwungen war und daher gerade keine wirkliche Gemeinsamkeit herstellen konnte (nicht umsonst wurde die Mariensäule in Prag, die 1650 nach dem Vorbild der Münchner Säule errichtet wurde, 1918 wenige Tage nach der Unabhängigkeit niedergerissen). Schade, dass sich die Ausstellung auf die Tragweite des Sieges von 1620 nicht wirklich einlässt, denn gerade auf bayerischer Seite wäre das Verständnis wichtig, dass „München“ für Tschechen nicht nur mit der Katastrophe von 1938, sondern auch schon mit der von 1620 untrennbar verbunden ist. Man würde eher begreifen, welche Emotionen ausgelöst werden, wenn ultimative Forderungen gerade aus München herübertönen und einen eklatanten Mangel an Respekt vor den tschechischen Nachbarn erkennen lassen.

Das Marienkapitel setzt sich fort in einem umfangreichen Teil mit dem Titel „Gemeinsamer Kulturraum“, eine Fundgrube für Liebhaber schöner Dinge, insbesondere aus der Barockzeit, bevor im Kapitel „Nationale Identitäten“ die Zeit der „nationalen Wiedergeburt“ der Tschechen und der Auseinanderentwicklung von slawischstämmigen und deutschstämmigen Böhmen behandelt wird. Demjenigen, der die Geschichtsbilder der Vertriebenenfunktionäre kennt, fällt positiv auf, dass die Ausstellung keinerlei Anknüpfungspunkte für Vertreter der These bietet, es habe schon seit 1848 Pläne gegeben, die Deutschen zu vertreiben. Wer damit anfangen wollte, sieht sich unversehens mit seinem Spiegelbild in Form verschiede-

ner Karikaturen konfrontiert, in denen sich gängige Stereotype offenbaren. Es darf gelacht werden! Am Ende des Kapitels fordert ein Foto vom Parteitag 1899 der „Sozialdemokratischen Gesamtpartei Österreichs“ vielsprachig: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Sachlich und respektvoll

Bei Durchsicht der letzten Ausgaben der Sudetendeutschen Zeitung fällt auf, dass darin mit keinem Wort über die Ausstellung berichtet oder für sie geworben wird. Dabei haben führende Vertreter der Landsmannschaft durchaus mitgewirkt, mehrere haben Katalogbeiträge verfasst, SL-Sprecher Johann Böhm ist Mitglied des Kuratoriums, landsmannschaftliche Einrichtungen sind als Leihgeber genannt. Trotzdem: Dem Weltbild der Landsmannschaft entspricht die Ausstellung nicht. So wird beispielsweise die Legitimität der Gründung der Tschechoslowakischen Republik nicht in Zweifel gezogen, der junge Staat nicht als Missgeburt oder Fehlkonstruktion von Anfang an verunglimpft. Es ist nicht die Rede davon, dass tschechoslowakische Truppen „deutsche Gebiete besetzt“ hätten,

sondern es wird festgestellt: „Die neugegründete Tschechoslowakei beanspruchte die bisherigen Außengrenzen des Königreichs Böhmen.“ Der erste Präsident Tomáš Garrigue Masaryk wird nicht als Deutschenhasser und wortbrüchiger Intrigant dargestellt, sondern ihm wird Respekt gezollt als einem selbständigen Denker, der sein Mäntelchen nicht nach dem Wind hängte, demokratische Prinzipien vertrat, das Frauenwahlrecht förderte, „Antisemitismus und tschechische nationale Mythen“ bekämpfte, die Regierungsbeziehung deutscher Parteien in der ČSR befürwortete und in den dreißiger Jahren Flüchtlinge aus Deutschland unterstützte. Bestimmte Zitate, die die Landsmannschaft immer wieder gegen Masaryk ins Feld führt, werden auf dem Hintergrund der tatsächlichen Politik gewichtet, mit dem Ergebnis: „Missverständliche Äußerungen aus dieser Zeit (der Staatsgründung – RH) über die Deutsch-Böhmen als ‚Immigranten und Kolonisten‘ blieben für seine weitere Politik ohne Einfluss.“ Es geht in der Ausstellung eben nicht darum, zu „beweisen“, dass Masaryk und sein Außenminister und späterer Nachfolger Beneš von Anfang an zielstrebig darauf hingearbeitet hätten, die Deutschen aus dem Land zu treiben, und Hitler ihnen dafür nur die willkommene Gelegenheit geboten habe.

Erstmals ausgestellt: das Münchner Abkommen

Den ursächlichen Zusammenhang zwischen der NS-Besatzungspolitik, der Rolle der deutschen Bevölkerung bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei, dem Anteil sudetendeutscher Faschisten an den Nazi-Verbrechen einerseits und der großen Umsiedelung der Deutschen nach 1945 andererseits deutlich zu machen ist ein zentrales Anliegen dieser

Abteilung der Ausstellung. So wird der Entwicklung in der ČSR bis 1938, dem Aufstieg der Sudetendeutschen Partei und ihrer Kollaboration mit der NSDAP, der Vorgeschichte und den Folgen des Münchner Abkommens sowie dem Nazi-Terror im „Protektorat Böhmen und Mähren“ viel Raum gewidmet. Auch die verhängnisvolle Rolle von großdeutschen Organisationen wie „Die Deutsche Wacht“ oder „Verein für das Deutschtum im Ausland“ wird erläutert – ein Thema, das sonst meist unter den Tisch fällt. Dabei weiß die Ausstellung zu unterscheiden zwischen echter Volkskunst – als Beispiel wird ein kunstvoll gedrechselter Stuhl aus dem Egerland gezeigt – und einer Volks-

tumspflege, die sich zum Instrument völkisch-nationalistischer Bestrebungen machte: „Auch vom ‚Bund der Deutschen‘ wurde die Trachtenerneuerung vorangetrieben. Das Tragen der Tracht wurde als ‚Bekenntnis zum Deutschtum‘ verstanden.“

Zum ersten Mal überhaupt ist in Zwiesel das Original des Münchner Abkommens öffentlich ausgestellt, zusammen mit der Original-Landkarte, auf der die Teilnehmer der Konferenz im Münchner Führerhauptquartier am 29./30.9.1938 mit blauen Strichen markierten, wann die deutschen Truppen bis wohin vorrücken durften. Ein Textkärtchen zu den Exponaten nennt das Zustandekommen dieses sog. Abkommens unumwunden „erpresserisch“, und auf der größeren Texttafel heißt es: „Der Großteil der Sudetendeutschen jubelte. Sie sahen ihr Selbstbestimmungsrecht verwirklicht.“ Selbstbestimmungsrecht? „Am 1. Oktober 1938 marschierten deutsche Truppen ein. Politische Gegner und Juden wurden verhaftet und in Konzentrationslager wie z.B. Dachau verschleppt. Über 200.000 Menschen flohen in das Innere der ČSR: NS-Gegner, Juden und vor allem Tschechen. Im ‚Reichsgau Sudetenland‘ sank die Arbeitslosigkeit, aber es herrschte nun auch der ‚Alltag‘ der NS-Diktatur: Propaganda, Zwang, Überwachung und Verfolgung.“ Im Katalog ist die Zahl der Flüchtlinge weiter aufgeschlüsselt: „Bis zum Sommer 1939 registrierte das Prager ‚Amt für Flüchtlingsfürsorge‘ über 139.000 tschechische Flüchtlinge aus den Sudetengebieten, zu denen etwa 37.000 Staatsangestellte mit ihren Familien kamen ...“ Das sind Fakten, die von der Sudetendeutschen Landsmannschaft besonders nachdrücklich gelegt werden. Eine Vertreibung von Tschechen habe es nie gegeben, behauptet sie.

Widerstand mit dem Leben bezahlt

Zahlreiche Exponate informieren über den Widerstand, den tschechischen, den sudetendeutschen, den bayerischen, den gemeinsamen. Hervorgehoben wird das Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich Ende Mai 1942 durch tschechische Fallschirmspringer; die Nazis rächten sich dafür durch die Auslöschung der Ortschaften Lidice und Ležáky. „Es war der einzige gelungene Anschlag auf einen Spitzenrepräsentanten des NS-Regimes und damit zugleich ein Hauptereignis des europäischen Widerstands.“ Aber auch die anderen Widerstandsaktivitäten werden vorgestellt. Viele der Beteiligten bezahlten ihren Einsatz mit dem Leben. „Die NS-Justiz fällte während des Krieges Zehntausende von Todesurteilen gegen Menschen, die gegen das Regime oder die Besatzung aufbegehren. Einer der Hinrichtungsorte war das Gefängnis in München-Stadelheim.“ Diese Information gehört zu

Rechts: Um 1920. Böhmisches Knopfarbeiterinnen und -arbeiter pendeln zur Arbeit nach Bärnau in Bayern; Stanzmaschine für Knopflocher.



Unten: Ausstellungstafel zur Kleinen Festung Theresienstadt.



zwei der eindringlichsten Exponate: einem Foto von der Guillotine, die im Gefängnis Prag-Pankrác betrieben wurde, und dem Hinrichtungsbuch des Münchner Gefängnisses aus den Jahren 1943–45. Die aufgeschlagenen Seiten enthalten in umständlicher Bürokratenhandschrift 13 Namen, fast alles tschechische. 1939 und 1940 wurden, laut Kommentar im Katalog, in Stadelheim je 24, 1941 schon 79 und in den Jahren 1943 bis 1945 dann 210, 377 bzw. 393 Menschen hingerichtet. „Eine Aufstellung aus der Nachkriegszeit listet 203 tschechische Opfer namentlich auf.“ Insgesamt, so informiert die Ausstellung an anderer Stelle, fielen dem Naziterror „mindestens 120.000 tschechische Einwohner des Protektorats sowie die böhmischen Juden zum Opfer“.

Keine Forderungen

Auf dem Hintergrund dieser Ereignisse wird schließlich über das Ende der deutschen Besatzung berichtet. Noch Anfang Mai 1945 kamen beim Prager Aufstand „etwa 1700 Tschechen, 1000 Deutsche und 300 Soldaten der (auf Seiten der Tschechen kämpfenden – RH) Wlasow-Armee ums Leben“.

Über die „wilde Vertreibung“, die Potsdamer Konferenz und den „geordneten Transfer“ der deutschen Minderheit berichtet die Ausstellung nüchtern, sachlich. Ohne Beschönigung und ohne Übertreibung: „Nach neueren Berechnungen liegt die Zahl der Opfer der Vertreibung 1945/46 bei etwa 30.000. Etwa 240.000 Schicksale sind ungeklärt.“

Und ohne Forderungen zu stellen. Der einschlägige Abschnitt des Potsdamer Abkommens wird zitiert, aber nicht angegriffen. Die sog. Beneš-Dekrete über die Aberkennung der CSR-Staatsbürgerschaft für Deutsche, die Enteignung, die Arbeitspflicht und die Bestrafung wegen Beteiligung an NS-Verbrechen werden inhaltlich richtig wiedergegeben, einschließlich der Bestimmung, dass diejenigen deutschstämmigen Staatsbürger der Tschechoslowakei, die der Republik treu geblieben waren, sich am Kampf um ihre Befreiung beteiligt oder unter dem faschistischen Terror gelitten hatten, die Staatsbürgerschaft mit allen Rechten behalten sollten. Ansonsten heißt es zu den Beneš-Dekreten: „Die 1945/46 vom Präsidenten der Republik, Edvard Beneš, erlassenen Dekrete sind bis heute ein Streitpunkt zwischen Tschechien und Deutschland.“

Der Eisernen Vorhang und sein Ende

Die Zeit seit 1948 wird relativ kurz abgehandelt. Die Darstellung konzentriert sich auf die Grenze und auf die Flüchtlinge, die nach der Machtübernahme der Kommunisten 1948 und nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 aus der Tschechoslowakei nach Bayern kamen. Anhänger der Totalitarismustheorie werden enttäuscht

sein, nicht einmal die gängige Desinformation, DDR-Panzer seien im August 1968 dabei gewesen, wird hier präsentiert.

Auch wird nicht verschwiegen, dass an der Systemgrenze nicht nur sowjetische Radarstationen, sondern genauso Horchposten der Nato stationiert waren.

Schließlich folgen noch ein paar Abschnitte über die Sudetendeutsche Landsmannschaft und ihre Gliederungen. Natürlich kommt hier auch die Schirmherrschaft des Freistaates Bayern über die „Sudetendeutsche Volksgruppe“ zur Sprache. In diesem Zusammenhang wird erwähnt, dass mit der Überreichung der Schirmherrschaftsurkunde auf einem Sudetendeutschen Tag die Anerkennung der Sudetendeutschen Landsmannschaft als „offizielle Vertretung aller Sudetendeutschen“ verbunden war, die Bedeutung dieses Anspruchs wird jedoch nicht näher erläutert.

Das letzte Exponat, ein Foto der beiden Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Jiří Dienstbier beim Zerschneiden des „Eisernen Vorhangs“ am 23. Dezember 1989, führt zurück zu der Frage, welchen Charakter die Grenze in Zukunft haben wird.

* * *

Die Ausstellung des Hauses der Bayerischen Geschichte in Zwiesel, zu der sich bereits bei der Eröffnung mehr als 70 Schulklassen aus Tschechien angemeldet hatten und am 14. Juni schon der 10.000 Besucher begrüßt werden konnte, wird hoffentlich dazu beitragen, dass die Grenzregion ein Ort fruchtbarer Auseinandersetzung und freundlicher Begegnungen wird. Ich wünsche ihr viele Besucher. Ein besonderes Lob gilt dem Ausstellungskatalog, der eine wahre Fundgrube darstellt. Er enthält vier Einführungsvorträge von zwei deutschen und zwei tschechischen Autoren, alle vier in beiden Sprachen. Die sechs Ausstellungskapitel werden jeweils durch einen ebenfalls zweisprachigen Beitrag eingeleitet. Alle Exponate werden genau beschrieben und kommentiert, die meisten auch in guter Qualität abgebildet. Zweisprachig sind hier allerdings nur die Titel der Exponate oder kurze Zusammenfassungen. Eine umfangreiche Literaturliste schließt den Band ab. Der Katalog ist in broschierter Form für 18,00 Euro bei der Ausstellung bzw. beim Haus der Bayerischen Geschichte in Augsburg (www.hdbg.de) erhältlich. Im Buchhandel gibt es die gebundene Ausgabe für 29,90 Euro (ISBN 978-3-937974-17-0).

Bayern – Böhmen 1500 Jahre Nachbarschaft Bayerische Landesausstellung 2007

Zwiesel, Kirchplatz 3

25. Mai bis 14. Oktober

Geöffnet: täglich 9.30 – 17.30 Uhr

Eintritt: 6,00/4,00 Euro

(aus Deutsch-Tschechische Nachrichten Nr 77)

Linke Sommerschule 2007: Bitte anmelden!

Arbeitsgruppe Wirtschaft: Internationaler Handel, internationale Arbeitsteilung und Währungspolitik

Im letzten Winter hatten wir uns mit der Verkehrswegeplanung befasst, die von den politischen Ebenen von der Gemeinde bis hin zur EU mit Blick auf das weltweite Netz von internationalem Handel und internationaler Arbeitsteilung vorgenommen werden muss. Die Struktur dieser Verkehrswege verweist auf die Arbeitsteilung zwischen den Volkswirtschaften, für die sie eine unersetzliche technische Voraussetzung sind. Die Wirtschaftsbeziehungen, denen diese Wege gebahnt sind, brauchen aber mehr: Der Raum, der sie trennt, muss nicht nur technisch überbrückt werden, erforderlich sind auch Vertragsbeziehungen, gesetzliche Vorschriften und eine politische Sanktionsmacht, die deren Geltung gewährleistet.

Die Beziehung zwischen privater Wirtschaftstätigkeit und öffentlicher Gewalt hat sich geschichtlich in den Nationalstaaten entwickelt. Wenn auch die Problematik des internationalen Wirtschaftsbeziehungen bereits zur Zeit der einsetzenden Nationalstaatsbildung dramatisch genug war, so finden wir heute eine Situation vor, in der an eine Regulierung dieser Beziehungen auf der Basis des Nationalstaates nicht mehr zu denken ist. Konsequenterweise sind politische Strukturen wie die der EU entstanden. In der aktuellen Politik spielt die Frage eine Rolle, in welche Richtung diese Entwicklung weitergeht.

Welche Entwicklungen der wirtschaftlich-arbeitsteiligen, transport- und kommunikationstechnischen und schließlich der politischen Beziehungen zwischen dem Euro-Raum und dem Dollar-Raum sind politisch geplant? Wie bekannt, setzt Bundeskanzlerin Merkel auf die Entwicklung der euro-amerikanischen Beziehungen. Zwei wichtige Komponenten stehen dafür in der Tat bereit: Da ist zum einen der ganz erhebliche Umfang der wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Da ist zum anderen eine überall präsente, bereits organisierte politische Macht, freilich in ihrer rohesten Form schlagkräftiger Militärmacht, die das Gebiet der Nato-Staaten nach „innen“ und „außen“ absichert. – In unserer Diskussion soll es darum gehen, den wirtschaftlichen Gegebenheiten und die Interessenkonstellationen, die bei der Strukturierung internationaler Wirtschaftsräume eine Rolle spielen, näher zu kommen.

1. Aus der europäischen Wirtschaftsgeschichte: Geplant ist eine Annäherung an das Problem anhand von Auszügen

wirkungsmächtiger Texte. (Umkreis: Bloch, Fernand Braudel, Werner Sombart, Max Weber, Karl Marx, Adam Smith, Carl Schmitt). Folgende Probleme sollen angesprochen werden:

– Stabilisierung und Untergang der feudalen Wirtschaftsordnung – Komparative Vorteile an der Grenzfläche geografisch und kulturell verschiedener Wirtschaftsräume – Ökonomische Verkehrsformen, Rechtsformen und politische Ideologie. Von der dem Stand angemessenen Zuteilung zum freien Vertrag. Differenzierung von Religion und Politik. Nationalstaat und imperiale Ordnungsvorstellungen.

2. Ökonomische Tatbestände zum internationalen Handel: Die ökonomischen Kräfte, die zur Ausprägung der internationalen Arbeitsteilung und zur Ausweitung des internationalen Handels in der Neuzeit geführt haben, sollen am zweiten Tag an Hand von Lehrbuchauszügen dargestellt werden.

Dabei werden wir uns befassen mit Auszügen aus Adam Smith (Reichtum der Nationen) sowie modernen Lehrbuchtexten, die die Entwicklung der internationalen Beziehungen vom Handel zwischen Industriegebieten einerseits und eher agrarischen Gebieten auf der anderen Seite, wie sie Adam Smith und David Ricardo als „klassische“ Vertreter der Freihandelstheorie noch überwiegend untersucht hatten, zum „interindustriellen Handel“ (Handel zwischen Industriegebieten mit unterschiedlichen Branchenstrukturen) und „intraindustriellen Handel“ (Handel zwischen Industriezonen mit fast identischer Branchenstruktur) analysieren (Stichworte: Theorie der komparativen Kosten, „Ricardo-Güter“, „Heckscher-Ohlin-Güter“). Gleichzeitig soll versucht werden, anhand aktueller Übersichten sich einen Eindruck vom aktuellen Stand des internationalen Handels und der Entwicklung der letzten Jahre zu machen, d.h. der Entwicklung des Welthandels, ausgedrückt in Geldeinheiten, seiner stofflichen Zusammensetzung und welche Staaten bzw. Wirtschaftszonen dabei welche Rolle spielen.

3. Währung / Währungsraum / Währungspolitik – Wirtschaftsmacht und staatliche Politik: Von J.F. Kennedy, der den Vietnamkrieg eskalierte, kommt der Satz: „Was wirklich zählt, ist die Stärke der Währung“, und der kanadische Nobelpreisträger Robert Mundell, Schöpfer der Theorie des optimalen Währungsraums, postuliert: „Große Nationen haben große Währungen“. Im 19. Jahrhundert sicherte England seine Rolle als führende Kolonialmacht mit der wirtschaftlichen Führungsrolle des britischen Pfunds, die Ablösung Englands als imperiale Führungsmacht durch die USA war verbunden mit dem Abkommen von Bretton Woods und der Institutionalisierung des US-Dollars

als Reservewährung. Es gab in den letzten Jahrzehnten keine Krise, ob in Lateinamerika, Afrika oder dem Nahen Osten, in der nicht auch die Politik des Internationalen Währungsfonds und der ihn bestimmenden Staaten eine zentrale Rolle gespielt hätte.

Anders als bei Sterling und US-Dollar steht hinter dem wachsenden Einfluss des Euro keine einzelne Staatsmacht, sondern ein Staatenverbund und das wirtschaftliche Potential eines verbundenen Währungsraumes. Gelten deshalb andere Regeln im Verhältnis von Finanz- und Wirtschaftsmacht?

Am dritten Tag wollen wir uns anhand historischer und aktueller Texte mit der neueren Diskussion über die Bedeutung von Währung, Währungsraum und Währungspolitik für Welthandel, internationale Arbeitsteilung und Staatsmacht befassen.

4. Die Staatspolitik der BRD zur internationalen Wirtschaftsordnung: Hier wollen wir am letzten Tag versuchen, das Bestreben von Kanzlerin Merkel zur Errichtung eines „transatlantischen Wirtschaftsraums“ aus Europa und Nordamerika zu diskutieren und die Unterschiede dieser strategischen Option im Vergleich zu den Wirtschaftsbeziehungen der EU und Deutschlands zu Russland. Dazu werden wir uns befassen mit der in den „Politischen Berichten“ bereits vorgestellten Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik zu dieser Option der deutschen und europäischen Politik und den Entwicklungen der letzten Monate auf diesem Feld. Und, falls die Zeit noch reicht, mit der Frage, was eigentlich linke Politik dazu sagt.

chc, maf, rül

Arbeitsgruppe Kulturwissenschaften: Gesellschaft und Gemeinschaft

Beide christlichen Kirchen haben in der jüngeren Vergangenheit durch abgrenzende Stellungnahmen gegen den Islam, gegen Schritte zur rechtlichen Gleichstellung islamischer Gemeinschaften und auch gegen den Bau von Moscheen den Kulturkampf in Deutschland verschärft. Wenn etwa Kardinal Lehman die christlichen Kirchen als Teil der „guten, öffentlichen Ordnung“ bezeichnet und mit Hinweis, dass das Wirken als Körperschaft des öffentlichen Rechts „Ausdruck *europäischer Kulturidentität*“ sei, dem Zusammenschluss islamischer Gemeinschaften diesen Status verweigern will, dann sieht er die Gesellschaft als Gemeinschaft, das heißt als wesentlich zusammengehalten durch „Identität“, durch identische Vorstellungen vom Guten. In dieser Leitkultur-Vorstellung von Gesellschaft ist in wenn auch abgeschwächter, domestizierter Form der Gedanke der „Volksgemeinschaft“ virulent.

Die begriffliche Klärung von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ und ih-

res Verhältnisses, mit dem wir uns in diesem Kurs befassen, gibt denn auch einiges her für eine Kritik des Völkischen, die aufzeigt, was die faschistische Ideologie leistet und die deshalb die Bedingungen faschistischer Mobilisierung trifft – dazu sind Texte aus dem kürzlich neu aufgelegten Aufsatzband des Argument Verlags „Faschismus und Ideologie“ hilfreich.

Die grundlegende Untersuchung über den Unterschied zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft stammt von Ferdinand Tönnies (Gemeinschaft und Gesellschaft, 1887), der damit in Deutschland die Soziologie begründete. *Begrifflich* schließen sich Tönnies zufolge Gemeinschaft/Vergemeinschaftung und Gesellschaft/Vergesellschaftung aus, während sie *empirisch* gemischt erscheinen. Auf dem einen Pol stehen das Kollektiv und die „Zusammengehörigkeit“ (Max Weber), etwa und vor allem Familie, Nachbarschaften, Freundschaften, auf dem anderen Rationalität, Individuum, Autonomie. Die in Deutschland durch den Faschismus fast völlig zerstörten Genossenschaftsbewegung versuchte die spannungsreichen Vergemeinschaftungs- und Vergesellschaftungsbestrebungen zu vermitteln.

Den Grundgedanken der Differenz von Gesellschaft und Gemeinschaft und das Problem ihrer Vermittlung nimmt in anderer Weise der amerikanische Philosoph John Rawls auf, der die an der sozialen Kooperation beteiligten freien und gleichen Personen durch zwei „moralische Vermögen“ gekennzeichnet sieht, nämlich durch die Anlage zum Gerechtigkeits Sinn, also zum *Rechten*, und durch die Fähigkeit, sich eine Vorstellung vom *Guten* zu machen, wobei Rawls in der Diskussion mit dem Kommunitarismus den Vorrang des Rechten vor dem Guten herausarbeitet.

Für die Entwicklung der modernen Gesellschaften und insbesondere der metropolitenen Zentren ist das Problem der Vermittlung zwischen Gemeinschaft(en), etwa den Religionsgemeinschaften, und zivilgesellschaftlicher Kooperation freier und gleicher Personen von entscheidender Bedeutung.

Die Texte kommen aus dem Umkreis der genannten Autoren/Publicationen, ihre Auswahl ist noch nicht abgeschlossen, weitere Hinweise sind erwünscht.

Christiane Schneider

Bitte unverzüglich und verbindlich anmelden bei GNN-Verlag Hamburg (siehe Seite 2)! Die Sommerschule findet vom 2. bis 5.8. in Erfurt/Thüringen in der Jugendherberge statt. Genauere Infos über Kosten etc. folgen in der nächsten Ausgabe. Ebenfalls in der nächsten Ausgabe folgt die Einladung zur Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der Linken.

7./8. Juli. Hamburg. Landesparteitag Die Linke.

19. bis 22. Juli. Oberhof/Thüringen. Gegen den Terror des Krieges - Friede den Hütten. Sommerakademie des Friedensratschlags. Mit dieser Sommerakademie wollen wir gemeinsam mit anderen interessierten Menschen aus dem In- und Ausland Alternativen zur vorherrschenden Gewaltpolitik aufzeigen, mit WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, Aktiven der Friedensbewegung und anderer sozialer Bewegungen neue Kompetenzen erwerben und Konzepte für die Praxis entwickeln, in Exkursionen zum ehemaligen KZ-Buchenwald und zum Biosphärenreservat Rhön Gemeinsamkeiten mit der antifaschistischen und Ökologiebewegung erarbeiten und in einer schönen Umgebung mit ausreichend Freizeit in einer entspannten Atmosphäre einander kennen lernen und ins Gespräch kommen, miteinander diskutieren und natürlich auch feiern. Weitere Hinweise (Programm, Anmeldung, Kosten usw.): www.sommerakademie-frieden.de/programm.htm
Veranstalter: Bundesausschuss Friedensratschlag, c/o DGB Kassel, Spohrstraße 6, 34117 Kassel. Mail: info@sommerakademie-frieden.de. Telefon: Sommerakademie-Hotline: 0151 - 51 66 34 95.

Linke Sommerschule in Erfurt, bitte anmelden!

Näheres zu den Themen siehe Seite 22/23.

2. bis 5. August. Erfurt. Linke Sommerschule. Thema Kurs „Kulturwissenschaften“: Gesellschaft/Gemeinschaft. Thema Kurs „Wirtschaft“: Welthandel, wahrscheinlich Wirtschaftsraum USA-Europa.

24./25. August. Hessen. Landesparteitag Die Linke.

2. September. Schleswig-Holstein. Landesparteitag Die Linke.

8./9. September. Niedersachsen. Landesparteitag Die Linke.

15./16. September. Nordrhein-Westfalen und Bayern. Landesparteitag Die Linke.

28./29. September. 72. Parteitag der CSU, Vorstandswahlen.

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. 2. Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.

20. Oktober. Baden-Württemberg. Landesparteitag Die Linke.

26 bis 28. Oktober. Hamburg. Vorstandswahlen und Beschluss über ein neues Programm.

4. bis 10. November. Leipzig. 21. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall.

7. bis 9. November. Potsdam. Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Ist soziale Integration noch möglich? Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung. Soziale Ungleichheiten und Armut sind nicht neu, sondern seit langem Bestandteil unserer Gesellschaftsordnung. Während in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs und sozialen Fortschritts die Hoffnung vorherrschte, dass sich soziale Ungleichheiten im Laufe der Zeit abschwächen würden, sehen wir, dass soziale Spaltungen und Armut in der Gesellschaft zunehmen. Die Bundestagung 2007 soll deshalb in den Handlungsfeldern Arbeit und Beschäfti-

gung, Bildung und Ausbildung, soziale Rechte und Menschenrechte sowie Wohnen und Gesundheit die tatsächlichen Chancen wohnungsloser Menschen zur sozialen Integration untersuchen. Müssen die Ziele sozialer Integration neu definiert werden? Muss der Abbau sozialrechtlicher Ansprüche aus der Perspektive der Menschenrechte grundsätzlich hinterfragt werden? Das sind nur einige der Fragen, die der dreitägige Kongress beantworten möchte.
Nähere Info: www.bagw.de.

22. bis 25. November. Hamburg. 1. Bildungspolitische Konferenz der Partei Die Linke.

23. bis 25. November. Nürnberg. Bündnis 90/Die Grünen, Bundesdelegiertenkonferenz.

24. November. Berlin. Beratung der BundesAG Kommunalpolitik der Partei Die Linken.

25. November. Prag. II. Kongreß der Europäischen Linkspartei.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	24.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
2009	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräsid.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html